

POLITIKA BERLIN



FAIRNESS TRANSPARENZ QUALITÄT

Vanessa Büth und Malte Mau (Hrsg.)

die stärke der kleinen

Die Rolle von kleineren und lokalen NGOs im zukünftigen Europa



Politika Berlin ist ein unabhängiger Verein und politische Projektplattform und wurde 2006 in Berlin gegründet. Wir kümmern uns um aktuelle politische Herausforderungen und nehmen uns der Anliegen der nachwachsenden Generation an.

Herausgeber: Vanessa Buth, Malte Mau

Projektbetreuung: Vanessa Buth

Redaktion: Malte Mau

Coverdesign: Klaus Bennecke, Stefan Gellendin

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage, Januar 2007

© und alle Rechte vorbehalten den Herausgebern und Politika Berlin e.V.. Die private, nichtkommerzielle Nutzung ist erlaubt; dies betrifft insbesondere das Kopieren, Abspeichern und Ausdrucken für den eigenen Gebrauch. Kopien der Artikel dürfen in elektronischer oder gedruckter Form weiterverbreitet werden, solange dies keinen kommerziellen Zwecken dient, die Inhalte dabei nicht verändert werden und die Quelle der Informationen deutlich angegeben wird. In diesem Fall bitten wir informationshalber um eine E-Mail und gegebenenfalls um die Zusendung eines Belegexemplars.

ISBN 978-3-00-020804-1

Inhalt

I.	Vorwort	05
II.	Politika Policy Paper – Die Stärke der Kleinen	07
	<i>Vanessa Buth</i>	
	Hintergrund	07
	Europa, NGOs und politische Legitimität	08
	NGOs als Teil des demokratischen Lösungsweges	11
	Von der Peripherie zum Zentrum: Regulierungen und Strukturen der EU-NGO Kommunikation	13
	Vorschläge für eine verbesserte Einbindung lokaler Kompetenzen	27
III.	Perspektiven: Die Stärke der Kleinen in der Praxis	32
	Einleitung	32
	Ein Standpunkt von der europäischen Ebene	33
	<i>Gabriele Zimme, MEP</i>	
	Von der europäischen Integration zu mehr Bürgerdemokratie	37
	<i>Stefanie Lausch, BBE</i>	
	Größere Perspektiven – Massenmobilisation als Druckmittel	42
	<i>Stephan Linder, Attac</i>	
	Mittlere Perspektiven – Der Europazug 2006	49
	<i>Sascha Götz, MitOst e.V.</i>	
	Neuere Perspektive – Equal Funding for all?	53
	<i>Ondrej Kopečný, Glopolis</i>	
IV.	Porträt der Beteiligten	60

Vorwort

Gerne wird die Demokratieverdrossenheit beklagt, wenn bei Wahlen die Nichtwählerinnen und -wähler wieder die größte „Partei“ stellen. Schnell wird auch die Entpolitisierung festgestellt, wenn die etablierten Institutionen der repräsentativen Demokratie junge Menschen kaum noch begeistern können. Und gerne wird der Souveränitätsverlust des Staates bedauert, weil die Politik gegenüber den globalen Kräften des Marktes Handlungsmacht einbüßt. All diese Bestandsaufnahmen greifen zu kurz. Sie lassen unberücksichtigt, dass Politik heute zunehmend auf vielen Ebenen, in Zwischenbereichen und oft auch losgelöst vom repräsentativen System statt findet. Das gilt einmal für die Politik der Regierungen, die sehr wohl auf europäischer Ebene wie durch im internationalen System – in gewissem Maße losgelöst vom nationalen Parlament – Gestaltungsmacht besitzen. Das gilt aber auch für die Politik der NGOs, den nicht-staatlichen Organisationen, die mit grenzüberschreitenden Strategien Einfluss auf die europäische und internationale Politik zu nehmen versuchen.

Zahlreiche Hoffnungen sind an die kleinen, aber global vernetzt und im Bündnis mit anderen doch „mächtigen Zwerge“ geknüpft. Sie stören die eingespielten Routinen der europäischen und internationalen Politik durch Provokationen, sie erzeugen mit einer geschickten Medienarbeit eine globale Öffentlichkeit, sie sind Sensoren der Gesellschaft, greifen vernachlässigte Themen auf und leisten der Politik durch die Früherkennung von gesellschaftlichen und ökologischen Problemen nützliche Dienste. Sie lösen die Einengung des Politikbegriffs auf den Staat und seine Institutionen auf. Sie scheinen besser angepasst an die globalen Verhältnisse. In einer Welt, die scheinbar von wirtschaftlichen Sachzwängen geprägt ist, bieten sie normative Orientierungen an. Und sie weisen auf die Legitimations- und Repräsentationsdefizite des internationalen Systems hin, das ganz offensichtlich spezifische Probleme nicht mehr im Sinne der breiten Gemeinwohlinteressen bearbeitet.

NGOs können es sich leisten über den kurzen Zeithorizont von Wahlterminen hinaus zu schauen und die Politik starken Interessengruppen, der „mächtigen Riesen“, in Frage zu stellen. Sie richten ihre Aktivitäten an einer breiteren, parteiübergreifenden Zielgruppe aus. Und sie richten ihre Botschaften angesichts grenzüberschreitender Problemstellungen sowie der Begrenzung nationalstaatlicher Demokratie nicht nur an die jeweiligen Regierungen, sondern auch an die internationalen Instanzen. Dadurch haben sie gegenüber den nationalen Parteien und dem Parlament, die sich immer um aufwendige

Abstimmungen der unterschiedlichen Interessenlagen bemühen müssen, einen deutlichen Thematisierungs- und Beweglichkeitsvorsprung. Sie reagieren schneller und effektiver auf die Prozesse der Globalisierung und sind deshalb ernst zu nehmende Konkurrenten des etablierten politischen Systems.

Doch nicht alles was NGOs betrifft ist nur rosig: Zwar können die Vielfalt der Meinungen und Positionen, die intensiven Debatten innerhalb der global vernetzten NGOs und deren demokratisierenden Wirkungen als Stärke angesehen werden. Jedoch darf nicht vernachlässigt werden, dass es auch innerhalb der Regenbogenfraktion die gut organisierten und Ressourcen starken Akteure und somit Ungleichgewichte gibt. Diese setzen sich oft gegen über den mit geringen Mitteln, auf ehrenamtlichem Engagement basierenden Bewegungen durch. Umso bedeutsamer ist die Frage, wie die Berücksichtigung lokaler Belange und Interessen und das soziale Kapital der kleinsten unter den „mächtigen Zwergen“ national, europaweit und international umzusetzen ist. Dafür muss zunächst eine Bestandaufnahme stattfinden. Diese Aufgabe hat sich Politika Berlin gestellt. Ich wünsche den Initiatorinnen und -initiatoren dieses Projektes den größtmöglichen Erfolg.

Dr. Achim Brunnengräber

I. Hintergrund - Die Stärke der Kleinen

Das Projekt „Die Stärke der Kleinen“ von Politika Berlin leistet einen kritischen Beitrag zur Diskussion um eine zeitnahe europäische Regierungs- und Partizipationsform, bei der die Zivilgesellschaft, verkörpert durch NGOs, sowohl beratend als auch aktiv an der EU Politik teilnimmt. Im Fokus unseres Interesses steht dabei die Bedeutung lokaler NGOs in der Aktivierung lokaler Kompetenzen und deren Teilhabe an der sowie Einbindung in die EU Politik.

Die Beteiligung von NGOs und verschiedenster Netzwerke in der EU Politik wird von der EU seit langem gefördert und seit mehreren Jahren mit zunehmenden Erfolg praktiziert. Problematisch ist jedoch weiterhin die effiziente Umsetzung in der Praxis, da die Kommunikation zwischen der Kommission und den NGOs vornehmlich mit transnationalen Dachorganisationen stattfindet.

Das Projekt führt eine Analyse der vorhandenen Strukturen durch, um dann mit Hilfe von empirischen Beiträgen am Beispiel lokaler und kleinerer NGOs die tatsächliche Nutzung und Effektivität der Partizipationsmechanismen in der Praxis zu analysieren.

Die Ergebnisse sollen helfen, die sozialpolitischen Steuerungsmechanismen der EU, besonders bei der Förderung und Integration lokaler und kommunaler Interessen, zu optimieren. Vor allem soll das Potential kleinerer und lokaler NGOs als bedeutsame Partner in europäischen politischen Entscheidungsfindungen dargestellt sowie Vorschläge für Ausbau, Einbindung und effizientere Nutzung lokaler Ressourcen in der EU vorgebracht werden.

Ziel ist es, für kleinere und lokale NGOs eine Möglichkeit der demokratischen und transparenten Beteiligung bei politischen Entscheidungen der EU aufzuzeigen, welche das Interesse der von ihnen vertretenen Zivilgesellschaft berühren. Damit können NGOs ihrer Aufgabe nachkommen, das Interesse der Bürger auf EU Ebene zu verteidigen. Die EU gewinnt Kontakt zu und Verständnis für lokale Angelegenheiten, fördert die politische Bildung und Beteiligung und somit auch die Unterstützung von und Identifikation mit europäischen Prozessen durch die europäische Gesellschaft.

Wir verstehen dieses Paper und das Projekt als eine Quelle der Impulse und Ideen. Mit unserer Analyse der politischen Strukturen, der Bestandsaufnahme etwaiger Probleme und der Skizzierung von Verbesserungsmöglichkeiten wollen wir einen Beitrag zu einer sozialen und erfolgreichen Zukunft Europas leisten.

II. Europa, NGOs und politische Legitimität

.I Demokratische Defizite und die Legitimitätskrise

Neben individuellen Persönlichkeiten waren es vor allem die nationalen Regierungen, die die Entwicklung von der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) über die Europäische Gemeinschaft (EG) bis hin zur Europäischen Union (EU) vorantrieben. Mit der fortschreitenden politischen Integration und Erweiterung rückte die Legitimitäts- und Demokratiefrage innerhalb der EU zunehmend in den Fokus.

Durch den Integrationsprozess entsteht ein zunehmend komplexer werdendes Vernetzungssystem. Dieses sich entwickelnde System wurde während des Einigungsprozesses immer wieder als undemokratisch und bürgerfern kritisiert, wie z.B. im Rahmen der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages 1993.¹ Kernpunkt der Kritik sind die Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb der EU. Es werden hier allgemein verbindliche Entscheidungen getroffen, die unmittelbar in die Gestaltungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, ohne dass letztere zumeist ausreichend an der Entscheidungsfindung mitwirken können. Mittels dieses Entscheidungsprozesses wird eine Art des Regierens praktiziert, die nicht oder nur unzureichend demokratisch legitimiert ist.²

Formale und Soziale Legitimität

Demokratische Legitimität beruht auf zwei Faktoren: einem formalen und einem sozialen. Legitimität eines politischen Systems entsteht, wenn sowohl die formalen als auch sozialen Legitimitätsfaktoren vorhanden sind. Die formalen Faktoren werden durch demokratische Prozesse gewährleistet, die aus einer Legitimitätskette zwischen den politischen Repräsentanten und dem Volk in Form von Parlamentswahlen und gesetzlichen Kompetenzzuweisungen resultieren.³ Die soziale bzw. strukturelle Legitimität liegt in der nachweisbaren Akzeptanz eines politischen Systems und dessen Leistungen.⁴ Die geringe Wahlbeteiligung in Europa wiegt daher schwer, denn die EU und das Europäische Parlament können den Bürgerinnen und Bürgern ihre Leistungen nicht vermitteln, so dass in der Gesellschaft nicht genügend Anreiz gesehen wird, den Parteien und Kandidaten

¹ Maurer, Andreas (2002): *Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union - Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente*, Baden-Baden, S. 29.; Altavater, Elmar and Brunnengräber, Achim (2002): "NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6-7, S. 6.

² vgl. z.B. Knelangen, Wilhelm (2004). „Ist die Europäische Union ein Fall für die Vergleichende Regierungslehre?“, in: Varwick, Johannes/Knelahgen, Wilhelm (Hrsg.): *Neues Europa - alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess*. Opladen: Leske + Budrich, S. 113-131.

³ Bruha, Thomas (1989): „Das Demokratisierungsdilemma der Europäischen Gemeinschaft“, in: *Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft der Hochschule St. Gallen*, Nr. 134, S.15.

das Mandat für die nächste Wahlperiode zu erteilen.⁵ Da die EU ohne eine einheitliche, aus dem Parlament hervorgehende Regierungsspitze arbeitet, ist der unmittelbare Nutzen der Wahl einer Partei oder einer Person zum Europäischen Parlament nicht ohne weiteres einsichtig. Dadurch wiederum entsteht ein demokratisches Kontrolldefizit bei der EU-Politik und seinen zentralen Themen.

Das doppelte Demokratiedefizit der EU

Unter diesem Gesichtspunkt besteht in der EU ein doppeltes Demokratiedefizit bezüglich parlamentarischer Mitwirkung und Kontrolle.⁶ Denn im Verlauf der Integration haben die nationalen Parlamente mehr legislative Zuständigkeiten an das EU-System abgegeben als das Europäische Parlament bekommen hat. Im gleichen Zuge wurden der Ministerrat und die Kommission mit wesentlichen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet, die unmittelbaren Einfluss auf die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger der Union ausüben. Diese unterliegen hierbei in letzter Instanz jedoch keiner ausreichend legitimierenden Kontrolle, wie es das Europäische Parlament darstellt.

Besonders in anbetracht der sich entwickelnden globalen und europäischen Mehrebenenstrukturen ist eine neue Form von supranationaler Regierung vonnöten. Die traditionelle Abgrenzung zwischen nationaler und internationaler Sphäre sowie das Konzept nationalstaatliche Souveränität ist durch die sich verändernden Strukturen des internationalen Systems - besonders in Europa - nicht mehr wirksam. Als supranationales Regime stellt dies eine Herausforderung für die Demokratie dar, besonders nach der EU-Erweiterung von zuerst 15 auf 25 und 2007 auf 27 Mitgliedstaaten.

Um eine demokratische Legitimität in diesem komplexen System sich wandelnder politischer Strukturen zu sichern, werden neue Formen und Wege demokratischer Politik in der EU diskutiert. Es entwickeln sich neue politische Strukturen einer supranationalen Regierung, welche ein vernetztes System zwischen formalen und konstitutionellen Institutionen, internationalen Organisationen und informalen Foren, Arbeitsgruppen und Netzwerken, wie NGOs bildet.⁷ Einer der aussichtsreichsten Lösungsansätze für das Problem des Demokratiedefizits innerhalb der EU als supranationales System ist das Konzept der partizipativen bzw. deliberativen Demokratie.

⁴ Bruha, 1989:15.

⁵ Maurer 2002: 374.

⁶ Maurer, 2002:42-44.

⁷ Altvater; Brunnengräber, 2002:6-8.

.II Legitimität durch Deliberation

Die Debatte über eine supranationale Regierung wird von einer Wende hin zum deliberativen Gedanken begleitet, der eine Überdenkung der Authentizität von Demokratie repräsentiert: Dabei spielt eine besondere Rolle, dass demokratische Kontrolle vielmehr durch eine kompetente sowie aktive Bürgerschaft in Anspruch genommen wird, als dass dieses Umdenken rein symbolisch zu verstehen ist.⁸ Dieser deliberative Gedanke beinhaltet auch neue Anreize für institutionelle Reformen sowie adäquater Formen und Grenzen staatlicher Befugnisse.

Im Zentrum des deliberativen Konzeptes steht eine politisch gebildete und aktive Gesellschaft, die durch informierte und intensive Diskussion verschiedener Lösungsstrategien an der Beseitigung gemeinschaftlicher Probleme teilnimmt. Aus Sicht eines „input-orientierten“ Regierungs- und Legitimitätsverständnisses ist demokratische Legitimität durch die Möglichkeit, an der politischen Deliberation teilzunehmen, vorhanden. Ein weiterer Aspekt der deliberativen Demokratie ist die weit gefächerte Miteinbeziehung verschiedener Meinungen. Dies gibt besonders Randgruppen die Möglichkeit, involviert zu werden.

Der Vorteil des deliberativen Modells liegt in dem Ausgleich zwischen persönlichen und öffentlichen Interessen sowie parteilichen und unparteilichen Anliegen. Eine vielstimmige und gleichberechtigte Diskussion führt dabei Entscheidungen herbei, die beiderseitig begründet, akzeptabel und somit legitim sind. Die Entscheidungskraft liegt somit bei dem besseren Argument. Jedoch sollte eine gewisse kommunikative Ethik in die Regeln der Debatte integriert sein, wie z.B. Bemühungen, Vorschläge zu erzielen, die einen Netto-Verdienst für alle Beteiligten darstellen.⁹ Die Übermittlung an die Regierung geschieht dann mittels kommunikativer Methoden. Es ist eine demokratische Alternative, welche das liberale Modell mit Wahlen als essentiellen Übermittlungsmechanismus ergänzt. Daher sollte der Staat eine kritische und teilhabende Zivilgesellschaft fördern, denn sie ist „der Schlüssel zur weiteren Demokratisierung“.¹⁰

Eine verstärkte Akzentuierung deliberativer Komponenten innerhalb der EU ist auch bezüglich des ihr innewohnenden demokratischen Defizits zu empfehlen. Denn die politische Teilhabe vieler bringt die Legitimation des Ganzen. Durch die Anerkennung und Einbindung der Anliegen des Einzelnen wird die politische Sozialisation erst ermöglicht und das politische Zentrum der Gesellschaft erbaut.

⁸ Dryzek, John (2000): „Deliberative Democracy and Beyond – Liberals, Critics, Contestations“, New York: Oxford University Press Inc., S.1.

⁹ Vgl. Dryzek 2000:1+3+85f.+168f.

¹⁰ Dryzek, 2000:113f.+4.

II. NGOs als Teil des demokratischen Lösungsweges

Das supranationale und sehr komplexe System der Europäischen Union ist im Zuge der EU Erweiterung und Vertiefung noch umfangreicher und somit komplizierter geworden. Hinsichtlich der politischen Entscheidungsstruktur stellt dies eine der zentralen Herausforderung dar, denn Politik sollte für und im Auftrag der Bürger betrieben werden. Diese jedoch verlieren sich in den bürokratischen Entscheidungsprozessen und nehmen Europa oftmals als graue Regulierungsinstanz wahr. Ein transparentes politisches System und die Förderung von Interesse sowie Beteiligung der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung sind jedoch für ein erfolgreiches und zukunftsfähiges Europa von enormer Wichtigkeit.

Definition und Arbeit von NGOs

Die Definition des Begriffes „NGO“ erweist sich als problematisch, denn Bezeichnungen und Definitionen gibt es viele und bis heute gibt es keine allgemein akzeptierte für den Nicht-Regierungs-Sektor. Es ist schwierig, alle Größen und Arten von Organisationen von kleinen kommunalen Vereinen bis hin zu großen globalen Organisationen mit mehreren tausend Mitgliedern in einer Definition unterzubringen. Sie unterscheiden sich außerdem in der Bandbreite der Aktivitäten sowie ihrer finanziellen und personellen Ressourcen. Nichtsdestotrotz gibt es sehr akkurate Versuche die Charakteristiken, welche NGOs generell gemein haben, herauszustellen. Dazu gehören ihre formale Struktur, ihre private Nicht-Regierungs-Form und ihre auf Freiwilligkeit bauende Natur. NGOs streben nicht nach Profit für ihre Eigentümer und folgen ihrer Mission unabhängig von Regierungen und politischen Institutionen.¹¹

NGOs greifen dabei Themen auf, die unter dem politischen Radar abtauchen und rekrutieren sich aus einer aktiven und engagierten Bürgerschaft. Tereza Vajdová beschreibt NGOs als *“a positive association of people independent of the state, contributing to the development of civil values and social capital, and taking a generally constructive stance towards democracy as a social order”*.¹²

Stärken der NGOs

NGOs sind Generatoren politischer Kultur und sozialen Kapitals; eine Kraft, die die wahre demokratische Entwicklung der Zivilgesellschaft sichern kann.

¹¹ Salamon, Lester M. and Anheier, Helmut K. (1992): “In the Search of the Nonprofit Sector II – The Problem of Classification”, in: VOLUNTAS, Vol. 3, No. 2, 1992, S. 127.

Hoffnungen und Erwartungen, die an NGOs gestellt werden, variieren je nachdem, ob sie von Seiten der Regierung, Wissenschaft oder Zivilgesellschaft kommen. Ein paar allgemeine Schlüsse können nichtsdestotrotz gezogen werden.

- NGOs agieren als Gegengewicht zum zentralisierten System der EU auf allen Ebenen, zumeist auf regionaler und kommunaler. Dort zeichnen sie sich durch ihre Praxisnähe, einen engen Kontakt zu den Bürgern sowie einem Verständnis ihrer Anliegen aus.
- NGOs sind, Gegensatz zu Parteien, auf Themen spezialisiert. Hier können die Bürger Projekte und Organisationen unterstützen, die sich ihren ganz speziellen Interessen und Bedürfnissen widmen.
- NGOs, durch ihre Bürgernähe und Wissen um lokale Kompetenzen und Brennpunkte, können der EU Politik besser Bedürfnisse und Handlungsempfehlungen vermitteln.
- Durch ein Engagement in NGOs können Europäer näher an die Institutionen der EU herangeführt werden, sich mit den Werten und Funktion der Institutionen auseinandersetzen und somit einer positiven Identifikation mit Europa Vorschub leisten.
- NGOs agieren als Vermittler zwischen der Zivilgesellschaft und der Regierung sowie der Wirtschaft. Sie bieten einen gegenseitigen Informationsfluss in Bezug auf Entwicklungen und Meinungen und sorgen für ein gegenseitiges Verständnis.
- Von NGOs wird erwartet, dass sie ungleiche Machtverteilungen im politischen Entscheidungsprozess ausgleichen und dass sie die Transparenz und Effizienz der Prozesse komplexer Regierungssysteme wie der EU fördern.
- NGOs bieten innovative und erfahrene politische Konzepte, welche die bestehende Demokratie ergänzen sollen, indem sie die Zivilgesellschaft motivieren und dessen Engagement im politischen Leben durch die Ermöglichung einer Partizipation fördern.

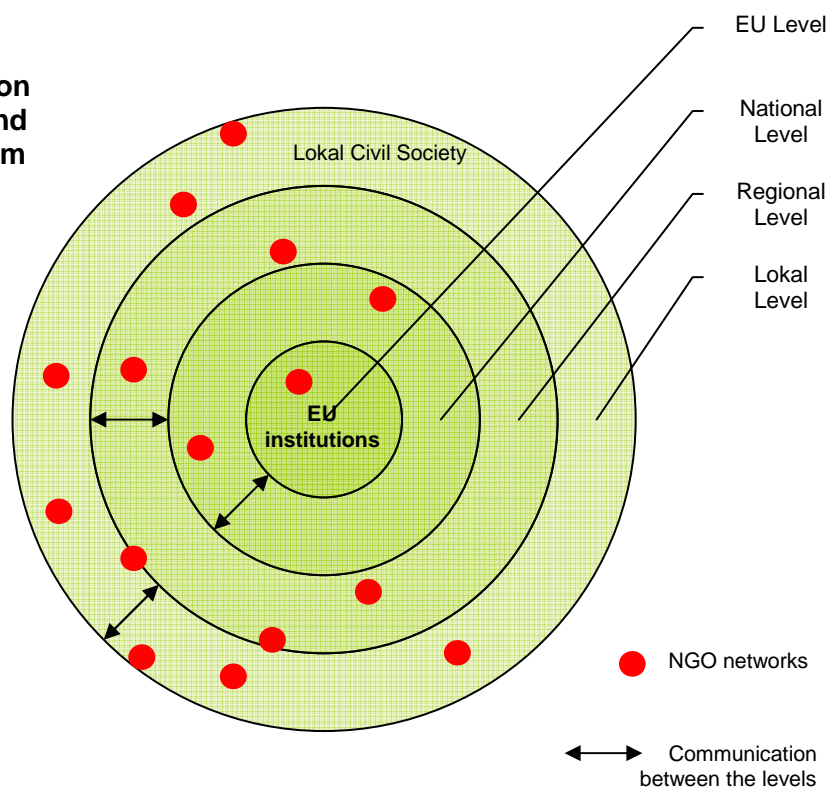
¹² Vajdová, Tereza (2005): "An assessment of Czech Civil Society in 2004: after fifteen years of development - CIVICUS Civil Society Index Report for the Czech Republic", Brno: CERM Academic Press, S.23.

III. Von der Peripherie zum Zentrum: Regulierungen und Strukturen der EU-NGO Kommunikation

Die EU begrüßt NGOs als Brücke zwischen Bürgern und Institutionen, unterhält zahlreiche ideelle und finanzielle Förderprogramme und beteiligt NGOs bereits in Beratungsgremien der Regierung. Hoffnungen und Erwartungen an NGOs in Bezug auf deren partizipativen Rolle in der EU-Politik können jedoch nur realistisch erfüllt werden, wenn das Umfeld, in dem NGOs agieren, darauf abgestimmt ist. Es müssen bestimmte formale und strukturelle Erfordernisse beachtet werden, um ziviles Engagement effektiv fördern zu können.

Hierbei ist von zentraler Rolle, welche Partizipationsmechanismen von institutioneller Seite zur Verfügung gestellt werden, wie diese Mechanismen genutzt werden und gegebenenfalls verbessert werden können. Lokale NGOs und Netzwerke können aufgrund ihrer Praxisnähe oft besser, schneller und problembezogener Lösungswege vor Ort realisieren, als die größeren aber auch distanzierteren europäischen Netzwerke. Die vorhandenen Förder- und Partizipationsmechanismen schränken jedoch dieses Potential ein, da eben diese lokalen NGOs kaum Zugang zu den Integrationsmechanismen auf der EU-politischen Ebene finden (s. Grafik 1).

Graphic 1:
The Communication
between the EU and
NGO networks from
EU to local level,
2006.



Die Tatsache, dass die EU hierbei die Zusammenarbeit mit Dachorganisationen auf EU Level bevorzugt, erscheint zunehmend als ein Problem. Die Potentiale lokaler NGOs, die in ihrer Bürgernähe und der kommunalen Vernetzung liegen, spielen dabei nur eine periphere Rolle. Der Zugang zur Teilhabe an der politischen Entscheidungsfindung innerhalb der EU kann zumeist nur über die Dachorganisationen, also im Zentrum stattfinden; ein Austausch zwischen Zentrum und Peripherie kann noch verbessert werden.

Hinzu kommen neue Herausforderungen im Zuge der EU-Erweiterung. Besonders lokale NGOs aus den neuen Mitgliedsstaaten finden sich nur schwer in den vorhandenen Strukturen zurecht und erhoffen sich eine größere Unterstützung seitens der EU. Ein weiterer, die NGO Arbeit erschwerender Punkt ist, dass im Zuge der EU-Osterweiterung und des prognostizierten Förderbedarfes sich durch die Umverteilung der Förderschwerpunkte finanzielle Engpässe im Non-Profit Sektor ergeben könnten, die selbst durch die Anpassung im Förderzeitraum 2007-2013 nicht ausreichend abgedeckt sein könnten.

.I Legale und institutionelle Rahmenbedingungen

Die EU fördert die öffentliche Konsultation, die Errichtung von Partnerschaften, den sozialen Dialog und andere Formen ziviler Partizipation auf allen Ebenen. Diese Prinzipien sind Teil der Strukturen und Instrumentarien der EU-Politik und zeigen einen effektiven Weg auf, wie das Potential von NGOs genutzt und ausgebaut werden kann, selbst wenn auch hier Verbesserungsoptionen vorhanden sind.

NGOs – EU: Konsultation und Dialog

Mit den Römischen Verträgen wurde 1957 u.a. der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) geschaffen, der im Gesetzgebungsprozess von der Kommission konsultiert wird. Der EWSA ist dabei ein *“consultative body that gives representatives of Europe's socio-occupational interest groups, and others, a formal platform to express their points of views on EU issues”* (EESC, 2006). Seine Ansichten werden an den Europarat, die Kommission und das Parlament weitergeleitet. Ebenfalls wurde in jüngerer Zeit auf die öffentliche Kritik eingegangen und eine Vielzahl von Angeboten geschaffen, um die EU und seine Politik bürgernäher, transparenter und partizipativer zu gestalten. Auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit NGOs ist die im Dezember 2002 von der Kommission das Konsultationsdokument „Allgemeine Grundsätze und

Mindeststandards für die Konsultation betroffener Parteien durch die Kommission“ eingeführt worden.

Es bestehen dabei Kernprinzipien, die die Teilhabe von NGOs an der politischen Entscheidungsfindung regeln.

- Die Prinzipien der ‚Offenheit und Transparenz‘ zielen auf die Ermöglichung der Konsultation jeglicher Interessengruppe ab, unabhängig von Größe und finanziellem Hintergrund. Aus diesem Grund gibt es auch kein generelles Akkreditierungs- und Registrierungsverfahren.
- Das Prinzip der ‚Subsidiarität und Proportionalität‘ legt fest, dass die Kommission, bevor es einen Gesetzesentwurf vorschlägt, extensiv konsultieren muss und Dokumente über den Konsultationsprozess, wenn angemessen, publizieren soll.
- Das ‚Partnerschaftsprinzip‘ ist besonders geeignet, wenn viele konsultative Körper aktiv sind, wie z.B. bei der Regionalpolitik. Basierend auf diesem Prinzip werden Beamte, Gewerkschaften, Wirtschaftsrepräsentanten und NGOs in die Politik einbezogen. In der praxisnahen Anwendung dieses Prinzips entstehen leider immer noch viele Komplikationen aufgrund gesetzlicher Probleme sowie fehlender Traditionen und es fehlt zum Teil das Vertrauen unter den Partnern.¹³

Die Konsultationsstandards fließen vor der Entscheidungsfindung während der Gestaltungsphase wesentlicher Policy-Entwürfe ein. In dieser Phase besitzen alle relevanten Parteien die Möglichkeit, ihre Vorschläge und Kritik zu präsentieren. Um das europäische Regieren zu verbessern und eine bessere Regulierung einzuführen, initiierte die Kommission die Internetseite ‚Ihre Stimme in Europa‘ im Rahmen der Initiative zur interaktiven Politikgestaltung. Hier wird die Öffentlichkeit dazu eingeladen, sich online an offenen Konsultationen über diverse Themen im Zusammenhang mit der EU zu beteiligen und sich über bisherige Konsultationen und deren Resultate zu informieren. Zudem kann die Öffentlichkeit an offenen Debatten teilnehmen und seine Erfahrungen mit der EU teilen, um zur Verbesserung der EU-Effizienz beizutragen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Internetseite ‚Konsultation, die Europäische Kommission und die Zivilgesellschaft (CONECCS)‘ geschaffen, mit dem Ziel, die Kommunikation zwischen der Zivilgesellschaft und der Kommission transparenter

¹³ Stulík, David (2006): Interview mit Ing. David Stulík, Mitglied von NROS und Mitglied der Kontaktgruppe des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses "Osteuropäische Nachbarn", geführt am 28.03.2006 im NROS Büro in Prag.

zu gestalten. Die Konsultationsstandards garantieren der Öffentlichkeit eine Zeitspanne von acht Wochen, währenddessen sie auf öffentliche Konsultationen reagieren können und garantieren zudem die Beachtung der Beiträge der Öffentlichkeit und ein adäquates Feedback von der Kommission.

Auch wenn diese Initiativen den richtigen Weg weisen, werden sie selbst Gegenstand für die Verursachung ungewollter Benachteiligungen des Nicht-Regierungs-Sektors. Die Mehrheit der Policen ist zum Beispiel oftmals nicht kohärent oder nachvollziehbar verfasst, welches die öffentliche Diskussion verkomplizieren und sogar bis hin zur politischen Korruption führen kann.¹⁴ Unklar definierte Regeln in dem Umgang mit den Instrumenten belassen ebenfalls Spielraum für die Interpretation und Handlungen der Regierung nach eigenen Vorstellungen. Die Vorschläge und Anregungen von NGOs können zwar in den Prozess einfließen, kommen jedoch im Laufe durch die Strukturen und Mechanismen der europäischen Entscheidungsfindung zumeist, wenn überhaupt, nur partiell zum Tragen. Diese Probleme verstärken sich noch durch die sich stark unterscheidenden Praktiken und Ausrichtungen der jeweiligen Regierungsdepartments, und dies zum Teil sogar unter Mitarbeitern desselben Postens.¹⁵

NGO-Konsultation nach Politikbereichen

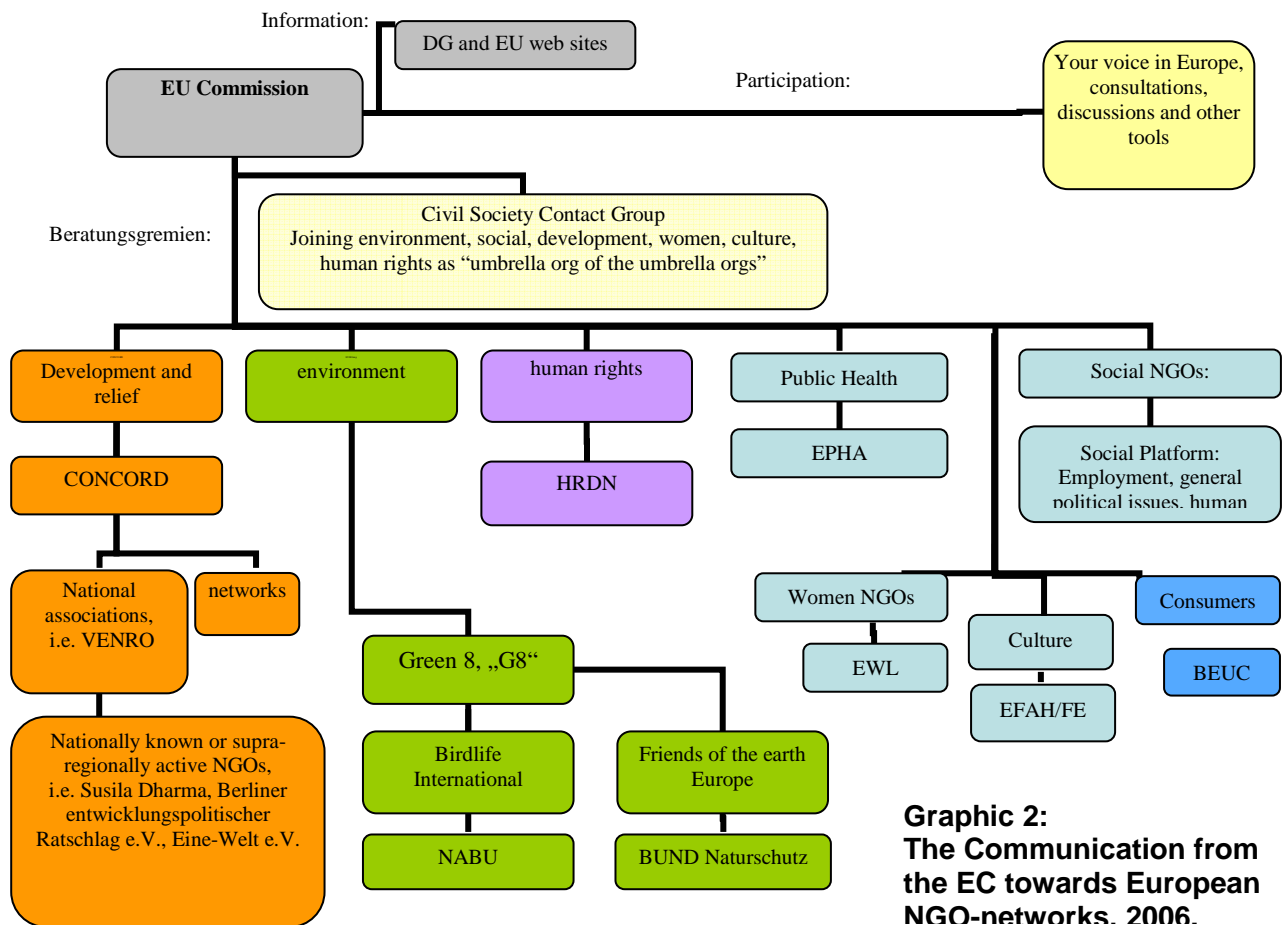
EU-Institutionen waren ursprünglich dazu geneigt, die Möglichkeit zur Partizipation nach dem Zufallsprinzip zu erteilen. Es stellte sich heraus, dass Initiativen, die von einer breiten Masse unterstützt wurden, die Wahrscheinlichkeit, Aufmerksamkeit und Teilhabe zu erhalten, sehr viel größer war. In folge dessen entwickelten nationale und internationale NGOs europäische Dachorganisationen. Diese sind um bestimmte Themenbereiche oder Sektoren formiert, um ihre kollektive Botschaft zu stärken und somit einen bedeutend stärkeren Einfluss auf die EU-Politik zu erhalten. Sie sind formale Verbände, die zusammenarbeiten, um ihre Aktivitäten zu koordinieren und Ressourcen, Kommunikations- und Organisationswege zu bündeln. Die Europäische Kommission arbeitet seither vorwiegend mit diesen Dachorganisationen bzw. NGO-Plattformen zusammen.¹⁶ Da Dachorganisationen Mitglieder in einer bestimmten Anzahl von EU-Ländern, inklusive der neuen Mitgliedstaaten, haben müssen, wachsen sie mit der EU-Erweiterung. Dadurch werden sie

¹⁴ Kundra, Miroslav (2004): "The tools to finish the job?" In: Alliance, Vol.9, Nr.2, Juni 2004, S. 31.

¹⁵ ECAS (2004): "The financial relationship between NGOs and the European Commission, Policy Research Paper des Europäischen Citizen Action Service", November 2004, URL: <http://www.ecas.org/PUBLICATIONS/2358/default.aspx?id=610> (Zugriff 07.10.2006).

¹⁶ Warleigh, Alex (2001): „Europeanizing' Civil Society: NGOs as Agents of Political Socialization, in: Journal of Common Market Studies, November 2001, Vol.39, Nr.4, S.622.

einflussreicher, sehen sich aber zunehmend mit dem Problem konfrontiert, die Bedürfnisse der individuellen Mitglieder zu beachten.



Konsultationen erfolgen über Generaldirektionen (GDs), die für ihre eigenen Dialog- und Konsultationsmechanismen verantwortlich sind. Aus diesem Grunde hat sich die Zusammenarbeit mit NGOs in den verschiedenen Politikbereichen recht unterschiedlich entwickelt. Manche Bereiche haben schon vor langer Zeit einen Dialog mit regelmäßigen Konsultationen mehrmals im Jahr angefangen aufzubauen, in anderen Bereichen gibt es bis heute keinen geregelten Dialog. Auffallend ist die sehr unterschiedliche Funktionsweise der Netzwerke und Zusammenstellung von Beratungsgremien in den verschiedenen Sektoren (s. Grafik 2). Interessierte Parteien werden auf unterschiedliche Art und Weise konsultiert, z.B. durch Grün- und Weißbücher, Mitteilungen, Konsultationspapiere, Beratungskomitees, Expertengruppen und ad hoc Konsultationen, meist über das Internet. Die ersten NGO-Gruppierungen waren im sozialen, Entwicklungs-, Menschenrechts- und Umweltbereich aktiv. Obwohl öffentlich begrüßt von der EU, wird trotzdem sichergestellt, dass die

Einbeziehung der NGOs nicht zu sehr in die Sphäre, die von der EU als eigenes Territorium empfunden wird, übergreift.¹⁷

Concord: Im entwicklungspolitischen Bereich hat sich die strukturierteste Koordination von NGOs etabliert, die auf eine lange Kommunikationstradition zurückgreift. Bereits Mitte der 90er entwickelte sich eine Reihe von Konsultationsmethoden mit der Kommission und dem Parlament. Das Netzwerk CONCORD hält 2 bis 3 Mal pro Jahr Sitzungen mit dem GD Entwicklung.¹⁸ Es hat in einigen Fällen sehr effektiv ihre Mitglieder mobilisiert, jedoch ist der extensive Dialog mit den EU-Institutionen soweit eher unstrukturiert und im Allgemeinen auf bestimmte Arbeitsgebiete beschränkt. Im Bereich Entwicklung wird als offizielles Beratungsmitglied nur CONCORD aufgelistet.

Die Grünen 8: Die Anzahl der Kommissionsberater im Bereich Umwelt ist sehr viel größer und im Bereich Zivilgesellschaft nicht nur auf NGOs beschränkt. Die europäischen Umwelt-NGOs haben sich in einem relativ unstrukturierten Netzwerk Namens „G8 – Die Gruppe der Grünen Acht“ zusammengetan. Sie besitzt einen Beraterstatus beim GD Umwelt, d.h. in den Bereichen Umwelt, Erweiterung, Energie, Fischerei, Verkehr, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Die Häufigkeit der Sitzungen ist jedoch unbestimmt und das europäische Netzwerk mit dem nationalen Unterbau ist maßgebend von den 8 Organisationen geprägt. Die deutschen Mitglieder von den auf EU-Ebene tätigen Friends of the Earth Europe oder Birdlife International sind beispielsweise BUND und NABU. BUND und NABU haben auf deutscher Landes- und Kommunalebene jedoch nur eigene, untergeordnete Verbände als Mitglieder. Sie funktionieren also nicht wie eine Plattform vieler unterschiedlicher Akteure. Die Umwelt-NGOs sind wahrscheinlich am fortschrittlichsten, was den zivilgesellschaftlichen Dialog angeht, anerkannt in einer Regulierung des Europarates und wesentliche finanzielle Unterstützung erhaltend (Beger, 2004:5). Die ‚Grünen 8‘ kooperieren regelmäßig mit der Umwelt-Generaldirektion, führen Konsultationen mit dem General und Kommissionär und werden in mehr als fünfzig Expertenkomitees der Kommission konsultiert.

Human Resource Development Network: Die Kommunikation zwischen Menschenrechts-NGOs vereint im lockeren ‚Human Resource Development Network‘ (HRDN) und den EU-Institutionen ist auch unstrukturiert, aber trotzdem effektiv, mit einflussreichen Mitgliedern wie Amnesty International und ‚Human

¹⁷ Beger, Nicolas (2004): "Participatory Democracy: organised civil society and the 'new' dialogue", Paper des Koordinatoren der Civil Society Contact Group zum Anlass der Federal Trust and UACES Konferenz 'Towards a European Constitution', London 1.-2. Juli, S.5.

Rights Watch' unter Ihnen. Solche Organisationen haben die Fähigkeit, gut gezieltes Lobbying sowie Medienarbeit durchzuführen, um die Effekte des Dialoges zu stärken. Menschenrechtsbereiche werden in unterschiedliche Gebiete eingeteilt, wie Minderheiten oder Flüchtlinge und NGOs aktiv in diesen Gebieten sind darum effektiver, wenn sie sich separat organisieren (Stulík, 2006). Menschenrechtsthemen werden jedoch auch von NGOs wie CONCORD, EUROstep oder der Plattform sozialer NGOs, die als einzige einen Beraterstatus im Bereich Menschenrechte innehat, behandelt.

Soziale Plattform: Eine Allianz repräsentativer europäischer Föderationen und Netzwerke von NGOs aktiv im Bereich Soziales, Beschäftigung, Menschenrechte und gesamtpolitische Angelegenheiten der EU formte die strukturierte ‚Soziale Plattform‘, welche in entsprechenden Bereichen auch einen beratenden Status innehat. Seine 37 Mitgliederorganisationen waren diejenigen, die versuchten, einen strukturierten zivilgesellschaftlichen Dialog aufzubauen und erlangten ein Abkommen zwischen den Mitgliedern der Plattform und dem GD für Beschäftigung und Soziales. Darin legten sie zwei Treffen im Jahr zur Konsultation beiderseitig abgemachter Themen und Agenden fest, welche nun auch zum Austausch spezifischer Themen genutzt werden. Die besondere Stärke dieses strukturierten Ansatzes ist die Fähigkeit, nicht nur den Kommissionär selbst oder höhere Beamte der Kommission in Konsultationen zu involvieren, sondern auch Beamte anderer Sektoren zusammen mit Plattform-Mitgliedern. Wie dem auch sei, um diese formalen Treffen effektiv durchführen zu können, ist aus Koordinationsgründen ein informelles Kommunikationssystem vonnöten, um Information auszutauschen und über Agenden abzustimmen.

European Forum for the Arts and Heritage: Als eine relativ neue Plattform repräsentiert das EFAH mehr als 5000 Organisationen repräsentiert. Der GD für Bildung und Kultur ist besonders an der Meinung der Kultur-Plattform interessiert in Hinsicht auf die Vorbereitung der EU ‚Culture Communication‘ in 2007. Das EFAH wird von der EU als ein Hauptpartner in der aktuellen Studie der EU-Kulturpolitik angesehen und ihre aktuelle Studie sowie die Debatte über die wirtschaftliche Bedeutung von Kultur für Europa in diesem Zusammenhang werden eine Schlüsselressource für die öffentliche Konsultation sein und von der Kommission auf dem nächsten Lissabon Treffen präsentiert werden.

Die europäischen Institutionen haben das Problem der ungleichmäßigen Beteiligung von NGOs zum Teil erkannt. Im Bereich Umwelt wurde unlängst eine bessere Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Regionen sowie zwischen kleinen

¹⁸ Beger, Nicolas (2004)

und großen NGOs in einem gesetzlichen Beschluss gefordert. Insbesondere wird dabei die Förderung der systematischen Beteiligung der NGOs an der Ausarbeitung der Umweltpolitik der Gemeinschaft wie auch die Unterstützung kleiner lokaler oder regionaler Verbände angestrebt. Mit der Aarhus-Konvention wurde ein europäisches Regelwerk auf den Weg gebracht, welches dem Bürger weit reichende Beteiligungsrechte zuschreibt. Doch auch wenn die Beschlüsse und Richtlinien viel versprechend sind, ist deren Umsetzung, besonders bei der Integration lokaler NGOs und Netzwerke, bisher weniger erfolgreich. Die Beratungsgremien der Kommission setzen sich weiterhin zum größten Teil aus transnationalen oder nationalen Akteuren zusammen. Zumeist arbeiten immer noch dieselben Organisationen zusammen, während die kleineren NGOs und Netzwerke kaum an den Politikprozessen teilhaben.

Zusätzlich haben NGOs die Möglichkeit, mit Hilfe guter Beziehungen zu nationalen Ministerien, die sich mit ihren Themen beschäftigen, einen Einfluss auf EU-Politikprozesse zu erhalten. Sie haben somit Zugang zur nationalen Position, die dann der EU präsentiert wird (Stulík, 2006). Diese, je nach Sektor mehr oder weniger, hierarchische Struktur - von der EU Ebene bis zur lokalen Ebene - bündelt die Kommunikation mit der EU. Leider hat dies gleichzeitig zur Folge, dass die zuvor genannte Praxisnähe und Lokalität, d.h. die Kernkompetenzen von NGOs, nur ungenügend einbezogen und gefördert werden können. Dadurch, dass die EU vorwiegend mit ausgewählten europäischen NGO Netzwerken zusammenarbeitet, laufen kleinere, lokale NGOs und solche, die sich mit sehr speziellen Themen auseinandersetzen, Gefahr, vernachlässigt zu werden und bei der Teilhabe an der EU Politik, kaum oder gar keinen Einfluss mobilisieren zu können.

Civil Society Contact Group

Obwohl diese Plattformen geschaffen wurden, erleben NGOs immer wieder eine Machtlosigkeit gegenüber den EU-Institutionen (Beger, 2004:3f.). Dies hat zu einem weiteren Joint Venture geführt: der ‚Civil Society Contact Group‘ (CSCG). Dies ist eine Koalition aus Umwelt-, Sozial, Entwicklungs-, Frauen-, Kultur-, Menschenrechts- und Gesundheits-NGOs, die ursprünglich geformt wurde, um eine koordinierte Annäherung zwischen NGO-Netzwerken und Brüssel in Hinsicht auf die Europäische Konvention zu fördern. Der Dialog entwickelt sich seither kontinuierlich weiter und ermöglicht heute eine formale sowie informelle Kommunikation zwischen der Zivilgesellschaft und der Kommission. Auch der Aktionsbereich erweitert sich, z.B. durch die ‚Act4Europe‘-Kampagne, welche eine Steigerung der aktiven Partizipation von NGOs in der Debatte über die Zukunft Europas zum Ziel hat. Beger, Koordinator der Act4Europe-Kampagne der

CSCG drückt den Erfolg der NGO-Bemühungen folgendermaßen aus: „I hazard to say that with Act4Europe and even more so the many activities of European NGOs on enlargement, the NGO world has been a lot more successful in being close to 'our' citizens than the EU institutions with all their money.“¹⁹

Probleme und Grenzen

Die EWSA: Die Forderung der NGOs nach effektiveren Mechanismen und gesetzlich geregelten Rahmenbedingungen von Konsultationen mit NGOs fand Eingang in den Nizza Vertrag. Hier wurde dem EWSA eine spezielle Rolle in Bezug auf die Zivilgesellschaft zugesprochen. NGOs kritisieren jedoch die Glaubwürdigkeit dieser Rolle, da keine NGO konsultiert wurde, als der Artikel aufgesetzt wurde. Eine Reform ist unwahrscheinlich, so lange die EWSA selbst eine Akkreditierung einer gesetzlichen Grundlage für den zivilgesellschaftlichen Dialog ablehnt, aus Angst, ihre eigene Forderung der Anerkennung als ‚Haus der organisierten Zivilgesellschaft‘ anerkannt zu sein, zu schwächen.²⁰

Der EU-NGO Dialog: Betrachtet man die Art und Weise, wie NGO-Dachorganisationen und deren Dialog mit den EU-Institutionen strukturiert sind, so ist ein zufrieden stellendes Erfolgsdesign nicht erkennbar. Anstelle dessen ist eine Kombination von Faktoren ausschlaggebend, wie z.B. die Fähigkeit einer NGO die Medien zu beeinflussen und Druck auszuüben sowie ihre persönlichen Beziehungen zu Politikern. Durch noch fehlende EU-Regulierungen mussten NGOs sich alternative Wege mit unterschiedlichem Erfolg suchen. In dieser Hinsicht ist auch der politische Bereich, in dem eine NGO aktiv ist, von Bedeutung für die erfolgreiche Beeinflussung der EU-Politik. EU-Institutionen neigen dazu, offener gegenüber ‚soften‘ Bereichen, wie Umwelt, Menschenrechte oder Entwicklungshilfe zu sein, in sog. ‚harten‘ Bereichen werden NGOs jedoch meist vom politischen Entscheidungsfindungsprozess ferngehalten.²¹

Peripherie bleibt Peripherie: Die Kommunikation mit der EU findet hauptsächlich zwischen nationalen oder internationalen NGO-Netzwerken und deren Repräsentanten in Brüssel statt. Dabei bündelt die, je nach Sektor mehr oder weniger, hierarchische Struktur - von der EU Ebene bis zur lokalen Ebene - die Kommunikation mit der EU. Leider hat dies gleichzeitig zur Folge, dass die zuvor genannte Praxisnähe und Lokalität, d.h. die Kernkompetenzen von NGOs, nur ungenügend einbezogen und gefördert werden. Dadurch, dass die EU vorwiegend

¹⁹ Beger, 2004:4.

²⁰ Beger, 2004:7.

²¹ Klein, Ansgar; Walk, Heike; Brunnengräber, Achim (Hrsg)(2005): "NGOs im Prozess der Globalisierung: Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen", Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.59.

mit ausgewählten europäischen NGO-Netzwerken zusammenarbeitet, werden kleinere, lokale NGOs und solche, die sich mit sehr speziellen Themen auseinandersetzen, vernachlässigt und haben bei der EU Politik kaum Einfluss. Trotzdem machen gegenseitige Abhängigkeiten eine Kommunikation zwischen allen Ebenen, von der lokalen bis zur europäischen, unabdingbar. Die asymmetrische Kooperation ist besonders problematisch, da ihr die nötige Vielfalt für einen gesunden, partizipativen Ansatz in Europa fehlt.

Mit ihrer traditionellen Politik riskiert die Europäische Kommission daher, die Funktion der NGOs als Vertretermechanismen der Stimmen der Bürger, der Benachteiligten oder der Minderheiten abzuschwächen, indem das Zentrum oder bestimmte Gruppen bevorzugt werden. Durch eine enge Zusammenarbeit laufen NGOs außerdem Gefahr, zu sehr in den Staatsapparat integriert zu werden und somit ihre Fähigkeit der Artikulation von Bürgeranforderungen zu verlieren. Die Ausübung dieser Fähigkeit ist jedoch das Kernstück einer engagierten und partizipativen Demokratie. Damit NGOs ihre Rolle ausführen können, müssen ihre Kompetenzen besser gefördert werden. Um den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft gezielt zu unterstützen, muss die politische Sozialisierung, auf der die EU aufbaut, durch und mit NGOs gestärkt werden.

.II Finanzielle Rahmenbedingungen

Abgesehen von den Problemen, eine gesetzliche Basis für einen zivilgesellschaftlichen Dialog zu finden, verursacht zusätzlich die finanzielle Unterstützung Diskrepanzen für den Nicht-Regierungs-Sektor.

EU-Fördergelderquellen

Gemäß der ‚Europäischen Wirtschaftlichen und Sozialen Zusammenhalts‘ -Police 2000-2006 werden finanzielle Instrumente für den Bezug von Fonds bereitgestellt. Von diesen Fonds nutzen NGOs vornehmlich Strukturfonds und insbesondere den Europäischen Sozialfond (ESF), durch den Trainingsmaßnahmen und Rekrutierungssysteme finanziert werden. Der ESF finanziert strategische, oft mehrjährige Programme in EU Mitgliedsstaaten und dann zumeist in wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen. Mitgliedsstaaten und regionale Instanzen planen zusammen mit der Kommission Sieben-Jahres-Programme, die dann mittels diverser Organisationstypen implementiert werden. In der aktuellen Periode von 2000 bis 2006 vergab der ESF ungefähr EUR 70 Milliarden an Menschen und Projekte in der EU. In der folgenden Periode von 2007 bis 2013 wird der Betrag bei EUR 308 Milliarden liegen, dies bedeutet einen Anstieg von 21 Prozent und stellt über ein Drittel des EU-Gesamtbudgets für die

kommende Periode dar. Dabei sinken die einzelnen Summen für wirtschaftlich stärkere Länder, wie z.B. in Deutschland von rund EUR 12 Mrd. auf etwa EUR 8 Mrd. Im Jahre 2002 war die von NGOs in Europa und weltweit erhaltene Summe an Geldern beispielsweise über EUR 1.000 Millionen und somit über ein Prozent des EU-Gesamtbudgets.²² Die jährliche Summe wird an die NGOs verteilt, um zur Durchführung von EU-Programmen und Policen in Einklang mit den mit dem EP vereinbarten Rahmenbedingungen zu dienen²³

Das speziell für kleinere NGOs und Anträge entworfene ESF-Mittel sind die ‚Global Grants‘. Organisationen ohne die Fähigkeit, den konventionellen ESF zu bewerben, können sich für diese kleineren Summen, normalerweise zwischen EUR 700 und EUR 1.500 bewerben und müssen keine Fonds abgleichen, d.h. sie müssen keinen prozentualen Eigenanteil für den Fond aufbringen, wie es bei anderen EU-Fonds der Fall ist. Global Grants werden direkt an Organisationen ausgezahlt. Abgesehen von der Möglichkeit, Gelder für eigene Projekte zu erwerben, können NGOs auch über advokatorische Dachorganisationen, wie dem European Volunteer Centre (CEV), an EU-Gelder gelangen.

Eine weitere Alternative ist die Teilnahme an größeren Projekten, welche eine Vielzahl von NGOs aus mehreren EU-Ländern involvieren und somit eine größere Wahrscheinlichkeit bieten, EU-Gelder zu erhalten. Auch der Einbezug von mehr als einem Themenbereich erhöht die Chancen, da es umfassender ist und daher eher Unterstützung von mehreren Seiten erhält. Trotz dieser Möglichkeiten gestaltet sich in der Praxis der Bezug von EU-Geldern weniger gradlinig. Die Mehrheit der EU-Gelder wird nicht direkt von der Kommission, sondern von nationalen und regionalen Instanzen in den jeweiligen Mitgliedsstaaten ausgezahlt.

Die Ernsthaftigkeit des finanziellen Aspekts und der Einfluss, welchen die EU-Finanzierung besonders auf NGOs haben kann, wird deutlich im Zusammenhang mit dem notorischen finanziellen Defizit, unter dem NGOs leiden. Natürlich gibt es Ausnahmen, wie Greenpeace, die ein höheres jährliches Budget zur Verfügung haben, als das UN-Umweltprogramm.²⁴ Dies ist jedoch nicht der Normalfall. Ein wesentlicher Teil ihrer finanziellen Ressourcen erhalten NGOs von der Kommission, der größte Teil geht an Umwelt-NGOs.

²² ECAS, 2004:3.

²³ CSCG (2005): "NGO platform supports enhanced transparency but challenges MEP's allegations", www.euractiv.com/29/images/CSCG_Transparency_181005_tcm29-146252.doc.

²⁴ Klein; Walk; Brunnengräber, 2005:55.

Von Konditionalität zur Institutionalisierung?

Die Unterstützung ist jedoch an Konditionen gebunden, wodurch NGOs sich gezwungen sehen, ihre Forderungen oder Aktivitäten an Forderungen ihrer Geldgeber und auch an die institutionelle Politik anzupassen.²⁵ Es besteht das Risiko, dass die Kommission die Autonomie der NGOs unterhöhlt, indem sie die Vergabe von finanziellen Fördermitteln an Konditionen bindet. Da die Mehrheit der NGOs knappe finanziellen Ressourcen besitzen, ist die Verlockung, Aktionen und Ziele an die Vorstellungen und Konditionen der fördermittelvergebenden EU-Institution anzupassen, entsprechend groß. Die Kreditvergabe ist an die Ergebnisse der Projekte, welche NGOs planen oder realisieren, gebunden und Anwendungsregulierungen sowie Prozesse der Fonds sind sehr anspruchsvoll.

Finanzierungshürden

Es scheint jedoch fraglich, ob solch zunehmend anspruchsvolle Regulierungen immer vonnöten und fair gegenüber dem Nicht-Regierungs-Sektor sind. NGOs haben spezifische Charakteristiken und von daher Bedürfnisse, welche von diesen Regulierungen wenig oder gar nicht in Betracht gezogen werden²⁶. Inhalt und Ergebnisse der Projekte müssen im Voraus präsentiert werden, mittels vorher bestehender Ziele. Zeitplan- oder Budgetänderungen sind sehr begrenzt und lassen somit wenig Spielraum für Innovationen. Dennoch, diese Flexibilität zu haben ist die Stärke und oft auch der Schlüssel zum Erfolg von NGOs²⁷.

Die von der Kommission bereitgestellten Fonds haben strikte Prozeduren, sehr anspruchsvolle Anwendungen und strenge Auswahlkriterien. Dazu gehören ein dreijähriges Bestehen der antragstellenden Organisation, eine Aufzeichnung der Arbeit in dem Feld, professionelle externe Prüfungen und sie erfordern ein sehr gutes Beherrschen der englischen Sprache. Diese Bewerbungsprozedur ist zu schwierig und nicht immer realisierbar für die meisten NGOs. Sie müssen mindestens einen Monat harter Arbeit einplanen, um alle formalen Kriterien einhalten zu können, dabei ständig fürchtend, dass die Bewerbung nur aus formalen Gründen abgelehnt werden könnte, sei es die falsche Sprache oder ein fehlender Bericht. Ungefähr 50 Prozent der NGOs, die sich um finanzielle Mittel sog. Mikroprojekte für die Förderung der Zivilgesellschaft bewerben, werden einfach aus formalen Gründen aussortiert. Nur ca. 3 Prozent erreichen die letzte Prüfungsrunde, an die, im Falle Deutschlands, Fördergelder nach Länderschlüssel vergeben werden.²⁸ Ein weiterer Nachteil für NGOs sind die finanziellen Kriterien,

²⁵ Klein; Walk; Brunnengräber, 2005:59.

²⁶ ECAS, 2004:5.

²⁷ ECAS, 2004:6f.

²⁸ Baur, Tobias (2006): Interview mit Tobias Baur, Mitglied von Bagfa, durchgeführt am 01.11.2006 im Bagfa Büro in Berlin.

welche mindestens 25 Prozent Co-Finanzierung beinhalten und wobei ein wesentlicher Teil der Fonds erst mehrere Monate nach Ende des Projektmanagements gutgeschrieben wird.

Disparitäten und problematische Entwicklungen

Folglich sind Anträge für EU-Gelder mit einem Aufwand verbunden, den nicht jede NGO zu leisten imstande ist. Die Bewilligung von Geldern steht dabei noch nicht einmal zur Debatte. Dieser Aspekt ist besonders bedeutend in den neuen Mitgliedsstaaten, denn dort fehlt es noch an Erfahrung im Umgang mit EU-Institutionen und in der Mittelbeschaffung. Ebenfalls ist eine wachsende Kluft zwischen den geförderten, einflussreichen, meist älteren und großen NGOs mit finanzieller Stabilität (Amnesty International oder Greenpeace), und den jungen und kleinen NGOs zu beobachten. Sogar mittelgroße bis größere NGOs mit mehr als 15 Vollzeitbeschäftigten haben Probleme, alle bürokratischen Bewerbungsanforderungen für Fonds zu erfüllen und die erforderlichen Kapazitäten zur Koordination und Durchführung größerer, von der EU geförderter, Projekte aufzubringen. Aus europäischer Sicht erscheint die Koordination und erforderliche Kontrollprozedur von vielen kleineren Projekten auf kurze Sicht unökonomisch im Gegensatz zur Finanzierung von einer geringeren Anzahl großer Projekte, da die administrativen Kosten für viele kleine Projekte höher sind. Nichtsdestotrotz, Effektivität kann nicht nur in sofortiger wirtschaftlicher Hinsicht gemessen werden, sondern es muss der nachhaltige Einfluss in Betracht gezogen werden, was wirtschaftliche, soziale sowie Umweltfaktoren auf lange Sicht beinhaltet.

NGOs und Interessenskonflikte nach der EU-Erweiterung

Die Lage kann sich im Zuge der EU-Erweiterung und der damit verbundenen erhöhten Nachfrage nach EU-Geldern verschlechtern, da der verstärkte Wettbewerb die besser etablierten europäischen Netzwerke und großen Organisationen privilegiert. So besitzen die größten 20 Prozent der europäischen NGOs 90,5 Prozent des Gesamteinkommens des Nicht-Regierungs-Sektors, während die kleinsten 20 Prozent generell weniger als 0,5 Prozent zur Verfügung haben. Ebenso bestehen Unterschiede bei der Verteilung von Ressourcen in Bezug auf die Länder. Die zehn größten europäischen NGOs, welche 21 Prozent der gesamten finanziellen Ressourcen besitzen, operieren in nur fünf Ländern: jeweils drei in Deutschland und Großbritannien, zwei in Frankreich und jeweils eine in Italien und Österreich.²⁹

²⁹ Woo, Adèle (2000): "Facts about European NGOs Active in International Development", eine Studie des OECD Entwicklungszentrums, S.17f..

Im Kampf um finanzielle Ressourcen und Kompetenzen geraten NGOs oftmals in einen Teufelskreis. Um ihre Ziele zu verwirklichen, brauchen sie finanzielle Mittel, um jedoch an diese zu gelangen, müssen sie ihre Ziele häufig anpassen und/oder einen Verlust in ihrer Fähigkeit zu mobilisieren in Kauf nehmen. Aus den genannten Gründen werden EU-Fonds oftmals kritisiert, das Entstehen einer ungesunden Beziehung zwischen Interessensgruppen und institutionellen Akteuren zu riskieren. Dies wiederum wirft Fragen bezüglich Ethik, Korruption und Interessenkonflikte auf³⁰.

³⁰ Euractiv (2003): "Accountability of NGOs", Montag den 27. Oktober 2003, URL: <http://www.euractiv.com/en/pa/accountability-ngos/article-117442> (Zugriff 28.09.2006).

IV. Vorschläge für eine verbesserte Einbindung lokaler Kompetenzen

NGOs haben sich mit zunehmendem Erfolg innerhalb der von der EU etablierten Rahmenbedingungen organisiert. Dies hat zu umfassenden NGO-Netzwerken geführt, deren Strukturen eng mit den EU-Institutionen verknüpft sind. Diese Entwicklung birgt jedoch Risiken. Es besteht eine starke Abhängigkeit von EU-Geldern, was die politische Unabhängigkeit dieser NGOs gefährdet. Durch die zentralistische Kooperationsstruktur wird zwar die Advocacy- und Lobbyarbeit der NGO-Netzwerke in Brüssel gestärkt, es fehlt jedoch an einer effektiven Förderung kleiner und lokal agierender Akteure. Folglich wird die Aktivierung des lokalen Potentials gegenüber einem zentralisierten und halb-institutionalisierten Dialog noch zu klein geschrieben. Die Aktivierung und stärkere Einbindung des lokalen Potentials muss stärker im institutionellen und sozialen Ansatz der EU verankert werden.

I. Transparenz und Kommunikation stärken

Informationen und deren Vermittlung sind entscheidend für die Förderung der Partizipation. Anstehende Entscheidungsprozesse und politische Entwicklungen müssen effizient an die Bürger und deren repräsentative Organisationen vermittelt werden. Da die EU-internen Verhandlungen oft langwierig sind, müssen diese mit mehr Transparenz ausgestattet werden und Hintergrundinformationen über die gesetzliche Grundlage, vorherige Diskussionen und eventuelle Entscheidungen noch besser aufgearbeitet werden. Einige Kernpunkte zur Förderung der Transparenz und Kommunikation wären:

- **Transparente Gestaltung des Entscheidungsprozesses:** Hierzu gehört, dass in entsprechenden Sitzungen Protokolle erstellt werden und diese Informationen schnellstmöglich der Öffentlichkeit, Interessensvertretern und NGOs auf verschiedenen Wegen zugänglich gemacht werden. Dieses Angebot sollte Teil eines auf Partizipation abzielenden Kommunikationsangebotes werden, in dem eine verstärkte Zusammenarbeit mit NGOs gefördert wird. Zudem sollte durch eine breitere Konsultation betroffener Akteure kohärente und transparente Abläufe innerhalb der EU gefördert werden.

- **Von ‚soft issues‘ zu harten Themen:** Die Dialogbereitschaft der EU sollte sich auch auf die harten Themen ausweiten. Alle Themenbereiche und alle EU-Institutionen können dabei in einen

strukturierten Dialog miteinbezogen werden. Dies ist nur in wenigen Gebieten, wie z.B. zum Thema Arbeit geschehen. Verbesserungen sind in einer Reihe von Bereichen möglich. Darunter sind Gleichberechtigung, Anti-Diskriminierung, Kampf gegen die soziale Abgrenzung, nachhaltige Entwicklung, Umwelt, fairer Handel, Menschenrechte, Zugriff auf Rechte und Armutsbekämpfung.³¹ Es ist weiterhin wichtig, gesetzliche Rahmenbedingungen für alle politischen Bereiche zu schaffen.

- **Ausbau des Online-Angebotes und Förderung der Interaktivität:** Das Internet hält das Potential für eine nachhaltige Gestaltung des gesellschaftlichen Dialogs bereit. Die EU hat mit ihren bisherigen Projekten den richtigen Weg eingeschlagen, nur muss dieser nun konsequent weiter verfolgt werden. Dialog setzt Beteiligung voraus. Ein Dialogsbestreben darf nicht bei einer vornehmlichen Vermittlung von Informationen an die Gesellschaft enden.

- **Verbesserte Integration:** Nähe und *Zeit* sind wichtige Faktoren, damit NGOs als gesellschaftliche Multiplikatoren und politische Gestalter aktiv an politischen Prozessen teilnehmen können. Die Schaffung verbesserter Feedbackmechanismen für lokale Akteure sind hierbei wichtig, damit genügend Zeit zur Bearbeitung der Ergebnisse von Meetings etc. vorhanden ist und Anliegen und lokalen Kompetenzen vor Ort als Feedbacks in die Entscheidungsprozesse einfließen können. Dieser Integration muß ein klarer Plan zu Grunde liegen, wofür Kontroll- und Evaluierungsmechanismen geschaffen werden müssen.

- **Ehrliche Umsetzung:** Der Schwerpunkt der Partizipationsprinzipien sollte verstärkt auf Inhalt statt auf Formalitäten setzen. Eine diesbezügliche Neugewichtung sollte die Anwendung der partizipativen Prinzipien fördern. Entscheidungsprozesse, die im Interesse der Zivilgesellschaft liegen, erfordern daher eine stärkere Verpflichtung zur Konsultation zivilgesellschaftlicher Akteure. Dies gilt auch für die Kommission, wenn sie Nutzen von ihrem Initiativrecht macht.

³¹ Beger, 2004:11.

II. Gleichgerechte und integrierende Beteiligung

Ein Kernproblem bei der Partizipationsgestaltung ist die privilegierende Natur der EU-NGO Kooperation. Aus diesem Grund sollte der Fokus auf der Verbesserung des integrierenden Aspektes des zivilgesellschaftlichen Dialoges liegen. Dieser Aspekt sollte deshalb auch ein Umdenken bezüglich der bisherigen disproportionalen Privilegierung von Dachorganisationen und großen NGO-Plattformen nach sich ziehen.

- **Förderung der Dialogressourcen der EU:** Die EU sollte mehr Mitarbeiter für den Dialog mit NGOs bereitstellen und regionale Kompetenzfelder gezielter fördern. Eine gleichgerechte und faire Beachtung von Akteuren aus allen europäischen Staaten und Regionen, allen Themen und allen Ebenen muss gesichert sein.
- **Sektorübergreifende Ausrichtung:** Bei vielen Themen ist es zudem anzuraten, den Dialog mit Akteuren verschiedener Bereiche zu suchen. Der Einbezug vieler Meinungen mit unterschiedlichen Hintergründen und eine sektorübergreifende Kooperation sind bedeutend für das Treffen von umfangreich begründeten Entscheidungen.
- **Vertiefung des Dialogs:** Ebenso sollte eine Vertiefung innerhalb der verschiedenen Sektoren stattfinden – insbesondere im sozialen Sektor – und die Bedürfnisse und Anliegen lokaler Partner verstärkt in den Dialog aufgenommen werden. Es wäre somit zu überlegen, die Fördermechanismen zu diversifizieren. Im Bereich der Entwicklungshilfe z.B. ist der Einbezug vieler lokaler NGOs keine Priorität, da Entwicklungshilfe nicht lokal in Europa, sondern in Entwicklungsländern stattfindet und eine Zusammenarbeit mit den NGO-Netzwerken eine zufriedenstellende Methode ist. Auf der anderen Seite brauchen gesellschaftlich aktive NGOs ein anderes Mitbestimmungsrecht sowie andere Finanzierungswege. Hier existieren sehr viel höhere Forderungen für eine Konsultation einer Vielzahl lokaler NGOs, die in sozialen und menschenrechtlichen Bereichen aktiv sind. Individuelle Ansätze sollten in Zusammenarbeit mit der EU und den Bürgern bzw. NGOs erarbeitet werden.
- **Verbreiterung des Dialogs:** Einführung eines Rotationssystem mit abwechselnd gewählten Vertreter aus unterschiedlichen NGOs, die als Hauptansprechpartner auf begrenzte Zeit in engere Konsultationen eingebunden werden. Die Dauer eines Konsultationsstatus könnte

aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Themengebiete variieren. Dies würde eine breitere Partizipation nach sich ziehen sowie dem Institutionalisierungseffektes entgegenwirken. Die Feinabstimmung des Rotationssystems könnte zusammen mit EU-Institutionen und NGOs erarbeitet werden und sollte flexibel genug gestaltet werden, um Änderungen innerhalb des Nicht-Regierungs-Sektors Rechnung zu tragen.

III. Stärke durch effektive Mittelbeschaffung

Die Aktivierung des Potentials und der Kompetenzen lokaler Akteure liegt zum großen Teil in einer effizienten Gestaltung der finanziellen Förderung.

- **Fairness und Gleichberechtigung:** Es muss eine fairere Verteilung der Fördermittel erreicht werden – auch vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung. Alle EU-Länder, alle Themenbereiche und Projektgrößen müssen gleichberechtigt sein.
- **Flexibilität und lokale Förderinstrumente:** Auch wenn die Förderung der EU umfangreich ist, muss mehr Flexibilität in die Förderinstrumente gebracht werden. Besonders kleine und lokale NGOs brauchen speziell auf sie abgestimmte Rahmenbedingungen. Um die Beteiligung einer großen Spannweite von Akteuren, insbesondere lokaler und kleiner NGOs, zu verbessern, müssen der Bewerbungsprozess weniger bürokratisch und die Kriterien zum Teil weniger anspruchsvoll gestaltet sein.
- **Social Venture Capital:** Gute Ideen entstehen oft vor Ort, können aber vielfach auf Grund der hohen Anforderungen in der Mittelbeschaffung nicht durchgeführt werden. Ein Förderinstrument, dass Social Venture Capital für exzellente Ideen im lokalen und regionalen Kontext generieren würde, wäre ein Impuls für soziale Kreativität und die Stärkung lokaler Strukturen.
- **Schaffung regionaler Kooperationsgateways:** Zusätzlich zu EU-Förderprogrammen sollten regionale Online-gateways entstehen, die der erste Anlaufpunkt für lokale Akteure sein können. Hier würden dann Informationen sowie regionale Förderer und Kooperationspartner für die Mittelakquise und die Projektorganisation vermittelt werden.

IV. Flexibilisierung institutioneller Strukturen

Partizipation und der Ausbau lokaler Kompetenzen bedarf eines offeneren aber auch verstärkt fördernden institutionellen Systems. Wie schon 1987 von Held angesprochen, muss die Option des Experimentierens mit alternativen politischen Formen ermöglicht werden. Dies setzt voraus, dass auch lokale Akteure ihre innovativen Konzepte an EU-Institutionen über direktere Partizipationsmechanismen vermitteln können. Ein effektiverer Dialog zwischen EU-Institutionen und NGOs sowie verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten der letzteren an der politischen Entscheidungsfindung sollte also angestrebt werden. Der gesellschaftliche Dialog seitens der EU-Institutionen sollte also offener und breiter gestaltet werden und über eine reine Konsultationsfunktion hinausgehen.

Ein Durchbruch in dieser Hinsicht ist die Aufnahme einer expliziten „Regelung des Demokratischen Lebens in der Union“ im Entwurf der Europäischen Verfassung. Auch wenn die Verfassungsfrage unbeantwortet bleibt, ist eine Umsetzung dieser Regelungen von großer Wichtigkeit. Bürgernähe und Partizipationsmöglichkeiten stehen dabei im Zentrum wie z.B. im Artikel I-47: So müssen die EU- Organe einen „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ pflegen und Bürger oder Netzwerke können die „Initiative ergreifen und die Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verfassung umzusetzen“.

Ein bürgernahes und partizipatives Europa verlangt nach einem zeitgemäßen politischen Denken. Dies ist keine leichte Aufgabe, denn die europäische politische Kultur braucht Zeit, um sich zu entwickeln. NGOs sind zentrale Gestalter, Repräsentanten und Multiplikatoren im Europa des 21. Jahrhunderts. Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen machen es erforderlich, dass Vielfalt und Potential des NGO-Sektors als Kraft für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden. Die historisch gewachsene und breit gefächerte Natur der NGOs lässt darauf schließen, dass es keinen ‚einen‘ Typen einer Organisationsstruktur geben wird. Ein flexibleres und adaptives Kooperationsverständnis muss daher dem Dialog und der Förderung zu Grunde liegen. Die Stärke der Kleinen, der lokalen und kommunalen Akteure, wird für ein sozial starkes Europa von entscheidender Wichtigkeit sein. Europa steht auf seinem Weg in vielerlei Hinsicht vor einer Kreuzung – und NGOs sind als innovativer Partner dazu prädestiniert, auf diesem Weg die Brücken zwischen dem Lokalen und dem Zentrum, zwischen den Bürgern und Europa zu bauen.

Perspektiven: Die Stärke der Kleinen in der Praxis

Das europäische Projekt steht vor großen Herausforderungen. Für deren Bewältigung stehen NGOs als kompetenter und engagierter Partner bereit für den Dialog und den Austausch zwischen der Politik und der europäischen Gesellschaft. Ziviles und politisches Engagement, Bürgerbeteiligung, soziale Gerechtigkeit und nicht zuletzt die Schaffung einer gemeinsam erfahrbaren europäischen und demokratischen Kultur sind nur einige der vielfältigen Bereiche und Potentiale der NGO-Arbeit.

Die folgenden Beiträge von NGOs, Netzwerken und Experten sind unterstützend, aber auch erweiternd zu den vorgebrachten Standpunkten im Policy Paper zu sehen. Unser Ziel ist es, die oftmals in einem sehr engen Rahmen geführten Diskussionen offener zu gestalten und den Austausch zwischen der Politik und Gesellschaft zu fördern. Die nun folgenden Artikel verdeutlichen auch verschiedene Perspektiven aus unterschiedlichen NGO-Sektoren, unterbreiten weiterführende Vorschläge und sollen als Basis für einen interessanten Dialog dienen.

Die in der NGO-Arbeit aktive MEP Gabriele Zimmer beschreibt in ihrem Beitrag *„Die Stärke der Kleinen – ein Standpunkt von der europäischen Ebene“* Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen der NGOs und ihrer Arbeit in Europa.

Der Beitrag des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement *„Von der europäischen Integration zu mehr Bürgerdemokratie“* stellt die Arbeit und zentrale Forderungen des BBEs für die Förderung einer bürgernäheren EU vor.

Der Attac-Berlin Beitrag *„Massenmobilisation als Druckmittel“* geht auf die Organisation von Kampagnen und die Möglichkeiten aber auch Probleme von NGOs ein, zu mobilisieren und öffentlichkeitswirksam Einfluss auf die europäische Politik zu nehmen.

Im Beitrag von MitOst e.V. *„Der Europazug 2006“* geht es um ein erfolgreiches europäisches Projekt, das von MitOst e.V. initiiert wurde. Die Organisation, EU-Kooperation und Herausforderungen eines solchen Projektes werden vorgestellt.

In *„Equal funding for all?“* kommt eine Prager Organisation zu Wort, die erfolgreich mit der EU zusammenarbeitet. Aus dem Porträt von Glopolis werden die Probleme aber auch die Möglichkeiten kleiner NGOs aus den neuen Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung ihrer Projekte aufgezeigt.

Ein Standpunkt von der europäischen Ebene: MEP Gabriele Zimmer ...

Die Stärke der Kleinen

„Alles nicht so einfach mit den Nichtregierungsorganisationen“, diese Bemerkung stimmt auf jeden Fall. Nicht zuletzt, wenn es gilt, einen Artikel für NGO-Aktive zu schreiben. NGO tauchten Anfang der 90er Jahre gemeinsam mit dem Begriff „sustainable development“ bzw. nachhaltige Entwicklung in den Schlagzeilen der Medien auf - „Der Spiegel“ sprach sogar von einer „Neuen Internationale“.

NGO hatten im Vor- und Umfeld des „Erdgipfels“ von Rio Janeiro 1992 die Klimazerstörung, die globale Problematik der armen Länder und die Notwendigkeit thematisiert, Soziales, Ökologisches und Ökonomisches als zusammengehörig zu behandeln. Die Wirtschaft sollte sich nicht weiter auf Kosten der Gesellschaft und der natürlichen Lebensbedingungen entwickeln.

Zwischen 1992 und 1997 galten NGO als Hoffnungsträger für verantwortungsvolle Politik, für demokratische Politikwechsel hin zu gerechter sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung. Wenige Jahre später bezeichnete ein NGO- und Bewegungsaktivist Nichtregierungsorganisationen als die „meistüberschätzten Akteure der 90er Jahre“. Ursache für die damals zu konstatierende Ernüchterung waren der weiter erstarkte Neoliberalismus, die gewachsenen globalen Probleme, der Kosovo-Krieg. Große Teile des NGO-Spektrums verhielten sich unkritisch gegenüber diesem Krieg, haben sich dann vielfach für „gutes Geld“ an Aufräumarbeiten nach den Kriegshandlungen beteiligt. Die einst gefeierten NGO wurden weitgehend in die Neue Weltordnung integriert.

Aus dieser Einschätzung folgt nun keineswegs, dass NGOs uninteressant geworden wären, schon gar nicht für eine sozial orientierte Politik. Aber sie zeigt, dass genau hingesehen werden muss und nicht verallgemeinernd von „den NGOs“ die Rede sein kann. Eines der zentralen Probleme ist die Abhängigkeit der NGO von materiellen und ideellen Subventionen. Ein weiteres ist die Unterschiedlichkeit bei der Begrifflichkeit und der Ausrichtung der NGO-Arbeit. Denn im vielschichtigen Non-Profit-Bereich zwischen Staat und Privatwirtschaft werden sowohl wirkungsvoll soziale und ökologische Probleme gemildert aber auch subversive Akteure gestärkt und so die Gesellschaft nach neoliberalen Ansätzen umgebaut. Die Chancen für die optimistische Variante haben mit den individuellen Einstellungen der konkreten NGO-Arbeiter/innen zu tun, mit ihrer Fähigkeit, mit anderen Akteuren, insbesondere mit neuen Sozialen Bewegungen,

zu kooperieren und selbstverständlich auch mit dem Verhalten dieser „anderen Akteure“.

Ich habe in unterschiedlichen politischen Funktionen und Bereichen mit NGOs kommuniziert und ihre Expertisen, wissenschaftlichen Forschungen und ihre Politikberatung schätzen gelernt. Gerade bei der Beobachtung globaler Akteure wie IWF, Weltbank und WTO aber auch der Europäischen Investitionsbank (EIB) waren und sind NGOs unverzichtbare Partner. Aber auch in der Entwicklungspolitik und im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie der Stärkung direkter Demokratie in den Kommunen, den Ländern, auf nationaler Ebene und in der EU selbst ist linke Politik ohne die Kommunikation und Kooperation mit NGOs kaum vorstellbar. Eine zunehmend wichtige Rolle spielen dabei aus meiner Sicht EU- und Europaweite Netzwerke von NGOs.

Es gibt zahlreiche Beispiele für weltweit agierenden und EU weit geführte Kampagnen, die von NGOs gestützt wurden wie z. B. gegen das GATS oder auch die Investitionsschutzabkommen (MAI). Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um bereits heute für eine Kampagne zu werben, die auf dem Weltsozialforum in Nairobi 2007 gestartet werden soll: Eine Kampagne gegen die Wirtschafts- Partnerschaftsabkommen (EPA) der EU mit den Staaten der Afrika-Karibik-Pazifik-Regionen (AKP), den ehemaligen europäischen Kolonien. Hier zielt die Europäische Union verstärkt auf Freihandelsabkommen mit verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen. Die Kampagne wird wesentlich durch NGOs vorbereitet und organisiert.

Ihre internationalen Aktivitäten sind nicht vor allem eine Frage der Größe der Nichtregierungsorganisation. Allerdings hat der Anteil der internationalen Arbeit an der gesamten NGO-Tätigkeit selbstverständlich mit dem Gründungszweck und der Arbeitsweise zu tun.

Insbesondere kleine NGOs, die auf dem Gebiet des Sozialen aktiv sind, finden oft im Alltag kaum noch Zeit, über den eigenen Tellerrand zu blicken. Und gerade hier liegt das Problem: Wer all zu sehr eine Binnensicht ausprägt, droht, unter die „Räder des Zuges der Zeit“ zu geraten:

- In Hinsicht auf die Gefahr, durch herrschende Politik instrumentalisiert zu werden
- In Hinsicht auf das Risiko, nicht auf dem Laufenden zu bleiben und damit Wirksamkeit und Mittel einzubüßen
- In Hinsicht auf das Problem, nicht im Gespräch zu sein.

Was 1. anbelangt, so liegt auf der Hand, dass immer mehr Verantwortung für die eigene Beschäftigungsfähigkeit und soziale Sicherheit sowie das Wohl der Kinder an die Bürgerinnen und Bürger delegiert wird. Allerdings werden nicht die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Bürger/innen die von oben abgeschobene Verantwortung auch wahrnehmen können. Damit wachsen soziale Repressionen gegen sozial Schwache. Zum anderen werden immer mehr Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge auf die unteren Verwaltungsebenen gegeben, ohne dass die Kommunen und Regionen die erforderlichen öffentlichen Ressourcen erhalten. Das erhöht erneut den Druck auf die sozial Schwachen: Einerseits weil sie weniger Leistungen erhalten können, andererseits weil je nach den konkreten politischen Verhältnissen in der Kommune wiederum repressiv vorgegangen wird: So ist oft unter dem Motto „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ der Bezug von Hilfen an die Erbringung von Arbeiten für die Kommune gebunden. Stichwort: Laub sammeln. Ich kenne NGOs, die mit Ein-Euro-Jobs operieren. Und das sehr wohl auf Initiative von „Hartz-IV“-Bezieher/innen, die etwas Selbstgewähltes, Sinnvolles tun wollen statt irgendwo hin vermittelt zu werden. Ich kritisiere weder die Betroffenen noch die NGOs, sondern werbe für das Engagement in Bündnissen, die der herrschenden (Sozial)Politik Widerstand und Alternativen entgegen setzen wollen.

Auch 2. ist leicht einsehbar: Wenn man vor lauter Alltagsstress nicht mitbekommt, welche Diskussion zur Veränderung von Fördermitteln gerade läuft, wo gerade welches Programm vorgestellt wird, welche Möglichkeit für Teilnahme an welcher Ausschreibung gerade besteht, kann man nicht partizipieren, sich nicht in Entscheidungsprozesse einbringen, an konkreten Förderprogrammen nicht teilhaben. Was die Institutionen der EU angeht, zeigt sich ein interessanter Widerspruch: Auf der einen Seite sind sie selbstverständlich in die eben illustrierte Politik integriert, auf der anderen Seite hochgradig daran interessiert, dass die knappen Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden, um soziale Härten zu mildern. Auch sind die meisten Mitarbeiter/innen der Europäischen Kommission, die mit Förderung und NGOs zu tun haben, sehr kontaktfreudig und hilfsbereit – es sind nicht die unangenehmen Beamten. Es ist schon hilfreich, sich in die Social Platform, die Soziale Plattform sozialer Organisationen in der EU zu begeben bzw. die Kooperation mit ihr zu suchen und vor allem ihre Informationsmöglichkeiten zu nutzen. Auch kann man über die Plattform in mancher Frage zumindest etwas an der Gestaltung europäischer Prozessen teilhaben.

Das hilft natürlich auch 3. in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit der NGO, denn die bestimmt darüber, ob man in der einen oder anderen Angelegenheit angesprochen wird oder nicht. Und dass dies Einfluss auf die weiteren

Wirkungsbedingungen hat, versteht sich von selbst. Auch hat dieser dritte Aspekt mit den beiden erstgenannten zu tun: Mit fortschreitender Globalisierung wächst das Gewicht der regionalen Ebene gegenüber der nationalstaatlichen. Regional im Sinne der Weltwirtschaft und des konkreten Territoriums in und zwischen den Nationalstaaten, in denen sich soziale, kulturelle, ökologische Probleme bzw. Traditionen verdichten. So nimmt der Stellenwert von Entscheidungen auf der EU-europäischen Ebene für das Leben der Menschen zu, ebenso die Tatsache, ob ihre Region Standort von Global Playern oder ihrer wichtigen Partnern ist oder eben nicht. Für derartige Unternehmen sind EU-Politik mit Direktiven und Richtlinien für den Binnenmarkt und das Agieren der regionalen Akteure vielfach wichtiger als nationalstaatliche Politik.

Will man nun, dass sich Regionen nicht einfach als Spielbälle von Global Playern entwickeln, sondern von der Region aus Einfluss auf den konkreten Verlauf der Globalisierung genommen werden kann, muss man regionale Akteursbündnisse schaffen und unterstützen. Eine EU-europäische Vernetzung und europäische Orientierung sind dabei von Wichtigkeit, nicht zuletzt gegenüber den Institutionen der EU. Da die Mechanismen und Auswirkungen der Globalisierung aber nicht nur mit der EU, sondern mit WTO, IWF, Weltbank, mit G8 und anderen informellen Zusammenschlüssen auf globaler Ebene zu tun haben, wächst ebenfalls die Wichtigkeit globaler Vernetzung und Kooperation.

NGOs haben sich stets hervorgetan, wenn es um die Schaffung von Netzwerken in der Region, in der EU und auf globaler Ebene ging. Besonders wird dies in ihrer Rolle bei konkreten politischen Kampagnen dieser Netzwerke deutlich. Stichwort: Seattle und Hongkong. Manche haben sich letztendlich beim Vernetzen mit der institutionalisierten Politik verstrickt, aber viele haben auch eine weiterhin kreative Widerstandskraft gegen diese Tendenz entwickelt. Ich möchte bei diesem Vernetzen helfen und schließe mich jenen an, die NGOs für einen solchen Weg gewinnen möchten.

von Gabi Zimmer, Europaabgeordnete für die Linkspartei.PDS

Kontakt: Gabi Zimmer, MdEP, GUE/NGL-Fraktion
e-mail: gabriele.zimmer@europarl.europa.eu
www.gabi-zimmer.de

Von der europäischen Integration zu mehr Bürgerdemokratie ...

Der vorliegende Beitrag beruht auf Textbausteinen eines Antrages des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), der seit 2004 vorliegt.

Zunächst: Was ist eigentlich das BBE?

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hat sich seit seiner Gründung im Jahr 2002 als größtes nationales bürgerschaftliches Netzwerk in Europa etabliert. Es besteht aus über 180 Mitgliedsorganisationen und -verbänden aus Politik, Wirtschaft und allen Bereichen der Bürgergesellschaft, dazu zählen auch Dachverbände und Bundesverbände mit mehreren Millionen Mitgliedern. Das BBE wurde am 5. Juni 2002 vom Nationalen Beirat des Internationalen Jahres der Freiwilligen gegründet. Es vernetzt bundesweit Organisationen und Verbände aus dem Dritten Sektor (Non-Profit-Organisationen) und der Bürgergesellschaft, aus Wirtschaft und Arbeitsleben sowie staatliche und kommunale Institutionen.

Das gemeinsame Ziel des BBE ist die Stärkung der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements. Ein zentrales Anliegen ist es, die rechtlichen, organisatorischen und institutionellen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu verbessern. Hierzu werden konkrete Praxisprojekte in der Bürgergesellschaft, in Staat und Wirtschaft angeregt und unterstützt, um die politische Öffentlichkeit für das bürgerschaftliche Engagement zu sensibilisieren und zu aktivieren.

Europäische Vernetzung der deutschen Bürgergesellschaft

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) verfolgt das Ziel der Stärkung von Bürgerengagement und Bürgergesellschaft über den bereichsübergreifenden Austausch und Dialog: Die Förderung von Engagement- und Beteiligungsformen ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die sich nicht auf einzelne Engagement- und Politikfelder beschränkt, sondern sämtliche Bereiche umfasst. In Deutschland trägt dieser neue Ansatz der bereichsübergreifenden Vernetzung und des Austausches zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft bereits erste Früchte: Durch das BBE konnten die Entwicklungsbedarfe zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement und die engagementpolitischen

Infrastrukturentwicklung formuliert und kommuniziert werden. Insgesamt ist das Netzwerk seit seiner Gründung zu einem Ort des konstruktiven Dialoges und der produktiven Kooperation geworden.

Das BBE sieht seine Aufgabe allerdings explizit nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene. Die fortschreitende europäische Integration lässt Bürgerdemokratie und -partizipation nicht mehr an nationalen Grenzen halt machen: Bürgerinnen und Bürger wollen auch auf europäischer Ebene über ihre Belange mitentscheiden. Hierzu sind die im Beschluss des Rates vom 26. Januar 2004 über das „Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung einer europäischen Bürgerschaft“ formulierten Ziele der Förderung und Verbreitung der Werte und Ziele der EU, der Annäherung der Bürger an die EU und ihre Organe und der engen Einbeziehung der Bürger in den Diskurs über den Aufbau der EU, zu unterstützen.

Zwei der zukünftig wichtigsten Aufgaben liegen in:

- der Vernetzung nationaler bürgergesellschaftlicher Bündnisse und der Stärkung ihrer Interessenvertretungen auf europäischer Ebene
- dem Austausch und der Kooperation mit Netzwerken anderer europäischer Länder.

Die Erfahrungen der bisherigen europabezogenen Arbeit des BBE zeigen, dass die bereichsspezifisch arbeitenden Organisationen und Verbände in Deutschland etwa in den Bereichen Umwelt, Soziales, Sport und Kultur hinsichtlich ihrer europäischen Interessenvertretung unterschiedlich stark vernetzt sind: Einige Institutionen verfügen über eine eigene Brüsseler Vertretung oder sind an europäische Netzwerke und Dachverbände angeschlossen, andere hingegen sind am europäischen Diskurs nicht so stark beteiligt, wie es der Sache nach notwendig wäre. Dabei ist die Partizipation der Bürgergesellschaft an europäischen Themen in Deutschland insgesamt durch eine starke bereichs- und politikfeldbezogene Segmentierung gekennzeichnet, zudem zeigt der bereichsübergreifende Austausch erhebliche Defizite.

Das BBE setzt sich dafür ein, dass der aktive Bürgersinn entsprechend der in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union formulierten Rechte und Pflichten gestärkt wird und damit das Bewusstsein der Unionsbürgerschaft gefördert wird.

Es ist uns ein besonderes Anliegen:

- die bereichsspezifischen europapolitischen Aktivitäten in anderen Bereichen transparenter zu machen
- europapolitische Themen im Netzwerk bereichsübergreifend zu behandeln
- gemeinsame Anliegen zu identifizieren
- zivilgesellschaftliche Akteure im Hinblick auf europäische Themen und Partizipation an europäischen Entscheidungsfindungsprozessen stärker zu vernetzen.

Damit sollen insbesondere solchen Organisationen, die bisher am europäischen Diskurs kaum teilgenommen haben, Partizipationsmöglichkeiten erschlossen und angeboten werden. Die verschiedenen Zugänge zu EU-Organen, zu Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Einbringung in Entscheidungsfindungsprozesse muss für die aktive Bürgerschaft transparenter und offener gestaltet werden, indem ein übergreifender Austausch und Dialog angeregt wird.

EU-Kooperation

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hält Kontakt zur Repräsentanz der Europäischen Kommission in Berlin, hat bereits zwei Veranstaltungen in Kooperation mit der Vertretung ausgerichtet und ist bemüht diese Zusammenarbeit weiter auszubauen. Darüber hinaus arbeitet das BBE mit einer Reihe auf europäischer Ebene agierender Organisationen zusammen:

So ist das Netzwerk Mitglied im European Volunteer Centre (CEV), besucht regelmäßig deren Hauptversammlungen und unterstützt das Projekt YOU::VOL, zur Unterstützung von Jugendfreiwilligendiensten auf EU Ebene. Das Europäische Freiwilligenzentrum (CEV) ist ein Europäischer Dachverband, der aus 43 nationalen regionalen und lokalen Freiwilligenzentren in ganz Europa besteht, welche sich gemeinsam für die Unterstützung und Förderung der Freiwilligenarbeit einsetzen. Ziel der Mitwirkung ist ein enger Kontakt zur Kommission und zum Europaparlament bzgl. aller Fragen des Freiwilligensektors und der Zivilgesellschaftsförderung; eine Verbesserung des europäischen Austauschs und auch schneller Projektentwicklung.

Weitere Kooperationen bestehen mit dem European Council of Non Profit Organisations (CEDAG), dem International Partnership Network (IPN), dem European Social Network (ESN) und dem Active Citizen Network (ACN).

Das BBE plant für das Frühjahr 2007 eine eigene Brüsselreise. Ziel ist es, dass Netzwerk in Brüssel bekannt zu machen und Kontakte zu knüpfen, die helfen sollen, den zivilen Dialog im Hinblick auf die europäische Dimension voranzubringen. Es sollen Kontakte zu Vertretungen aus- und zu Förderinstanzen aufgebaut werden.

Fördermittel

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement beteiligte sich im Jahr 2005 auch an einer Ausschreibung zur Förderung und besseren Vernetzung der europäischen Bürgerschaft. Das zugrunde liegende EU-Aktionsprogramm zielte u.a. auf eine bessere Partizipation von Bürgern und Nichtregierungsorganisationen auf europäischer Ebene.

Die Erfahrung zeigt, dass die Institutionen aus verschiedenen Bereichen des Bürgerschaftlichen Engagements, wie z.B. Umwelt, Soziales, Sport und Kultur, in Europa unterschiedlich stark vernetzt sind: Einige verfügen über eine eigene Vertretung in Brüssel oder sind an europäische Dachverbände angeschlossen, andere - darunter zumeist die kleineren Verbände - sind am europäischen Diskurs bisher oft weniger stark beteiligt.

Neben einer bereichsübergreifenden Verstärkung der europäischen Vernetzung der beteiligten Verbände sollte das Projekt auch Erkenntnisse zu einer Verbesserung des europäischen Engagements kleinerer Vereine liefern.

Leider ist der Finanzhilfeantrag letztendlich abgelehnt worden. Kritisch zu bemerken ist in diesem Zusammenhang die bürokratische Praxis der Antragstellung. Die personellen und damit auch finanziellen Aufwendungen einer Antragstellung dieser Art sind in der Regel so hoch, dass sie von den „Kleinen“ oftmals gar nicht aufgebracht werden können.

Darüber hinaus ist die Klage über ein oftmals allein wirtschaftspolitisch orientiertes Europa nicht neu. Die Europäische Zivilgesellschaft muss sich ihre Stellung allzu oft einfordern, auch sind förderpolitische Ansätze mehrheitlich wirtschaftsorientiert. Die Partizipation des europäischen Bürgers muss endlich Priorität haben.

Als positiv zu werten ist allerdings die Diskussion zur Gründung eines permanenten Arbeitskreises im Europäischen Parlament zum Thema bürgerschaftliches Engagement („Intergroup on Volunerring“) Diese Initiative ging vor allem von den beiden Europaabgeordneten Marian Harkin (Irland, ALDE) und Gisela Kallenbach (Deutschland, Greens) aus. In diesem Zusammenhang soll im Dezember dieses Jahres eine öffentliche Anhörung zum Thema „Mainstreaming Volunteering in EU Policy“ in Brüssel stattfinden. Auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss will sich diesem wichtigen Thema nicht länger verschließen und bereitet derzeit eine Stellungnahme zum Thema „Das freiwillige Engagement, seine Rolle in der europäischen Gesellschaft und seine Auswirkungen“ mit Empfehlungen und Schlussfolgerungen vor.

Forderungen

Das BEE plädiert für eine stärkere Transparenz der bereichsspezifischen europapolitischen Aktivitäten für alle Handlungsfelder der deutschen Bürgergesellschaft und damit zugleich für eine Verbesserung des Informationsflusses und eines konstruktiven Dialoges mit EU-Organen. Hiermit sei explizit die Einsetzung eines Ansprechpartners für die Europäische Kommission gefordert. Auch das europäische Parlament sollte seinen Blick mehr auf die Engagementförderung fokussieren.

Auf diese Weise kann die Zusammenarbeit der Akteure für die europäische Ebene gefördert, neue Formen der Kooperation entwickelt und so eine Optimierung der Ressourcen erreicht werden. Hiervon sollten insbesondere auch kleinere und finanzschwächere Organisationen profitieren können.

Es bedarf zudem einem Ausbau und der Verbesserung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Debatte um die Europäische Union und damit der Vermittlung der Werte und Ziele der EU.

Weitere Informationen über das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sind auf der Website www.b-b-e.de zu finden

Größere Perspektiven - Massenmobilisation als Druckmittel ...

Wer ist Attac und Attac Berlin

Attac Berlin ist die Berliner Regionalgruppe von Attac, einem globalisierungskritischen Netzwerk mit über 90.000 Mitgliedern in mittlerweile 50 Ländern. Attac ist eigentlich ein französisches Kürzel und steht für „Association pour une Taxation des Transactions financières pour l’Aide aux Citoyens et Citoyennes“ (wörtlich übersetzt: Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der BürgerInnen). Die Forderung nach einer Devisentransaktionsteuer, auch bekannt unter dem Namen Tobin-Steuer, ist seit Gründung eine der Hauptforderungen von Attac. Mittlerweile arbeitet Attac aber auch zu vielen anderen Themen, die mit Globalisierung in Zusammenhang stehen. Dazu zählen unter anderem Finanzmärkte, Welthandel, Ökologie, Krieg und Sozialabbau. In all diesen Bereichen spielt die EU eine wichtige Rolle, weshalb sich Attac auch intensiv mit ihr auseinandersetzt.

Erst 1998 in Frankreich gegründet ist Attac eine noch verhältnismäßig junge Organisation. Attac Deutschland ist nach Attac Frankreich der zweitgrößte nationale Attac-Verband.³² Eine Besonderheit von Attac in Deutschland und einigen anderen Ländern ist, dass sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen Mitglied sein können. Dabei wird versucht, die Vorteile von Bewegung, NGO und Netzwerk zu vereinen, ohne die jeweiligen Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, die mit der jeweiligen Organisationsform für sich allein verbunden wären. Derzeit hat Attac Deutschland über 16.000 Einzelmitglieder und mehr als 100 zum Teil bundesweit tätige Organisationen. Es ist daher in einer Zeit, in der in Deutschland die meisten politischen Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften über sinkende Mitgliederzahlen klagen, eine der erfolgreichsten Neugründungen einer politischen Organisation der letzten Jahre. Charakteristisch für Attac sind flache Hierarchien und eine große Autonomie aller Arbeitszusammenhänge. In Regionalgruppen organisieren sich vor allem Einzelmitglieder. Sie entscheiden selbst, welche Themen sie wie bearbeiten und ob bzw. wie sie sich an welchen Kampagnen beteiligen.

Attac sieht es als seine Hauptaufgaben an, Menschen über negative Folgen von und Alternativen zu neoliberaler Globalisierung aufzuklären, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen gesellschaftliches Problembewusstsein zu

³² Ausführliche Informationen zu Attac Deutschland gibt es unter <http://www.attac.de/ueber-attac/was-ist-attac/>.

erzeugen, Menschen zu ermutigen, selbst aktiv zu werden und so Druck auf die Politik auszuüben. Zu den typischen Aktionsformen gehören das Verteilen von Flugblättern, Infostände, Unterschriftensammlungen, Vorträge, Konferenzen, öffentlichkeitswirksame Aktionen, Mahnwachen und Demonstrationen. Bei unseren Themen gehen wir eher davon aus, dass hinter der von uns kritisierten Politik andere gesellschaftliche Interessen stehen, z.B. die von großen Vermögensbesitzern oder mächtigen Konzernen, weshalb ein Politikwechsel in der Regel nur zu erreichen ist, wenn entsprechend großer gesellschaftlicher Gegendruck aufgebaut werden kann. Attac ist deshalb in erster Linie nicht daran interessiert, von der Politik als Berater ernst genommen zu werden, sondern mit seinen Aktionen möglichst viele Menschen zu erreichen. Wenn wir aber von offizieller Seite eingeladen werden, unsere Meinung darzustellen, dann nehmen wir das in der Regel auch wahr. Häufig greifen wir in solchen Fällen auf die Expertise unseres wissenschaftlichen Beirats oder einer unserer Mitgliedsorganisationen zurück, von denen viele häufiger Politikberatung betreiben oder Lobbygespräche führen.

Attac Berlin ist mit über 1.500 Mitgliedern, von denen allerdings nicht alle aktiv sind, die derzeit größte Attac-Regionalgruppe in Deutschland. Die inhaltliche Arbeit läuft vor allem in Arbeits- und Projektgruppen, die entweder einen thematischen Schwerpunkt haben oder zur Durchführung einer konkreten Kampagne gegründet werden. Derartige Gruppen gibt es derzeit ca. zehn bei Attac Berlin, die meist zwischen zehn und zwanzig Mitglieder haben. Eine dieser Gruppen widmet sich seit mehreren Jahren ausschließlich der EU. In vielen anderen Arbeitsgruppen, z.B. zur WTO oder zu Finanzmärkten, ist die EU immer wieder ein wichtiges Thema. Einmal im Monat findet ein Regionalgruppen-Plenum statt, mit dem die Arbeit der einzelnen Gruppen vernetzt wird. Zur Vorbereitung der Plena und für die Zeit dazwischen gibt es eine feste Vorbereitungsgruppe. Außerdem hat Attac Berlin ein in der Regel halbtags mit einem Mitarbeiter besetztes Büro und ein Attac Cafe mit Kochmöglichkeit, in dem sich Arbeitsgruppen treffen und kleinere Veranstaltungen stattfinden.

Zwei größere Kampagnen, an denen sich Attac Berlin beteiligte und bei denen die EU im Mittelpunkt stand, waren die Kampagnen zur EU-Verfassung und zur EU-Dienstleistungsrichtlinie. Beide Kampagnen waren nicht nur auf Attac Berlin beschränkt, da in Attac Deutschland auch bundesweit dazu gearbeitet wurde und auch viele andere Regionalgruppen Aktionen durchführten. In beiden Fällen wurde auch mit anderen Organisationen zusammengearbeitet. Sie zeigen auf, wie europaweite Aktionen geplant und durchgeführt werden und dienen als Veranschaulichung für die nachfolgenden Handlungsempfehlungen für ein sowohl bürgernahes als auch transparenteres und faireres Europa.

Kampagne zur EU-Verfassung

Die Vorbereitung der Kampagne zur EU-Verfassung verlief bei Attac Berlin über mehrere Monate. In einer intensiven Vorarbeit machte man sich an Hand des Verfassungstexts und weiterem Material mit der Materie vertraut und die einzelnen Kampagnenschwerpunkte wurden geplant und koordiniert. Die Aktivitäten beschränkten sich dabei nicht nur auf die Europa AG von Attac Berlin, sondern wurden auch von vielen anderen Mitgliedern und Sympathisanten mit unterstützt.

Eines unser zentralen Anliegen war die Information der Öffentlichkeit. Regelmäßig wurden im Stadtgebiet Infostände veranstaltet, mit denen versucht wurde, die Menschen über den Verfassungsvertrag zu informieren und ihnen die Kritik von Attac nahe zu bringen. Dabei wurde der Verfassungsvertrag zusammen mit kritischem Attac-Material verteilt.³³ Außerdem wurden mehrere Informationsveranstaltungen organisiert. Während all dieser Aktionen wurden Unterschriften an die Bundesregierung gesammelt, in der sie aufgefordert wurde, den EU-Verfassungsvertrag nicht zu unterschreiben.

Ebenfalls begleitete Attac fortwährend die Diskussionen und Debatten in Deutschland und Europa mit vielfältigen Aktionen, um unsere Standpunkte und Kritik öffentlichkeitswirksam einzubringen. Als Bundesregierung und EU-Kommission in Berlin eine Tour mit einem Infomobil starteten, mit der den Menschen in Deutschland die offizielle Meinung von EU-Kommission und Bundesregierung nahe gebracht werden sollte, waren wir mit unserem Material auch vor Ort. Als der Tag der Bundestagsabstimmung näher rückte, machten wir in der Berliner Innenstadt an unterschiedlichen Orten mit Straßentheater auf den EU-Verfassungsvertrag aufmerksam. Dabei arbeiteten wir auch mit anderen Gruppen, in diesem Fall vor allem aus der Friedensbewegung, eng zusammen. Am Tag der Bundestagsabstimmung demonstrierten wir mit einem großen Transparent vor dem Bundestag. Von der Aktion machten wir Photos und schickten sie zur Unterstützung an Attac Frankreich, das sich zu dieser Zeit in der heißen Phase des Wahlkampfes für ein Nein beim Referendum in Frankreich befand. Auch als über die EU-Verfassung im Bundesrat abgestimmt wurde, protestierten wir vor dem Gebäude. Vor dem französischen Referendum beteiligten sich außerdem Aktivisten von Attac Berlin an einer gemeinsam von Attac Frankreich und Attac Deutschland organisierten Unterstützungskampagne, in deren Rahmen Menschen aus Deutschland zu Veranstaltungen für das Nein nach Frankreich vermittelt wurden, um deutlich zu machen, dass die

³³ Ein Teil des Materials ist nach wie vor unter <http://www.attac.de/eu-verfassung/hintergrund.php> im Internet abrufbar.

französischen Verfassungsgegner in der EU nicht isoliert sind, sondern auch große Unterstützung aus anderen Ländern haben.

Da es, insbesondere durch das Nein in Frankreich und den Niederlanden, erst einmal gelungen ist, das Inkrafttreten des EU-Verfassungsvertrags zu verhindern, war die Kampagne bisher sehr erfolgreich. Auch Deutschland hat den EU-Verfassungsvertrag bisher noch nicht ratifiziert, da dieser noch nicht vom Bundespräsident unterschrieben wurde. Dies wird erst geschehen können, wenn das Bundesverfassungsgericht über eine anhängige Klage gegen die Ratifizierung entschieden hat.

Trotz der offensichtlichen Kontroversen um die EU-Verfassung, sind die Reaktionen aus Berlin und Brüssel jedoch eher ernüchternd. Nachdem man vor dem Nein beim Referendum den Gegnern des Verfassungsvertrags pauschal unterstellt hatte, sie würden grundsätzlich die EU ablehnen, heißt es jetzt meist, die Menschen hätten den Text nur nicht richtig verstanden. Die Kommission rief eine Phase D aus, wobei D offiziell für Demokratie und Dialog stehen sollte. Doch statt in dieser Phase wirklich eine breite, ergebnisoffene Debatte mit den Menschen zu führen, wie die Zukunft der EU aussehen soll, wird vor allem an einer neuen Kommunikationsstrategie gearbeitet.

Nur langsam, so scheint es, geschieht ein Umdenken in den politischen Zentren. Das Votum gegen den Verfassungsvertrag sollte als ein Zeichen für ein Europa der Bürger, für einen besseren Dialog und vor allem für ein Zuhören der Politik auf die Belange und Anliegen der Bürger gesehen werden. Im Anschluss an unsere Kampagne wurde von unserem wissenschaftlichen Beirat ein Papier vorgelegt, in dem wichtige Eckpunkte eingebracht werden, die in einer Verfassung für eine demokratische, soziale, ökologische und friedfertige EU stehen sollten.³⁴ Von offizieller Seite wurden derartige Vorschläge allerdings bisher ignoriert. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft soll einen Fahrplan vorgelegt werden, wie es mit dem EU-Verfassungsvertrag weitergehen soll. Attac Berlin wird das Thema weiter aufmerksam verfolgen und gegebenenfalls seine Kampagne wieder aufnehmen.

³⁴ Siehe http://www.attac.de/ueber-attac/beirat/cms/article.php3?id_article=10.

Kampagne zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Auch die Kampagne zur EU-Dienstleistungsrichtlinie begann mit einer intensiven thematischen Einarbeitung und der Planung sowie Organisation der Durchführung. Dabei kam vor allem kritisches Material der bundesweiten Kampagnengruppe von Attac Deutschland zum Einsatz.³⁵ Die erste größere Aktion von Attac Berlin im Rahmen dieser Kampagne fand statt, als der damals für die Dienstleistungsrichtlinie politisch verantwortliche EU-Kommissar für den Binnenmarkt Frits Bolkestein für eine Rede über die Zukunft von Europa nach Berlin kam. Attac Berlin mobilisierte zu dieser Rede gemeinsam mit Berliner Gewerkschaftern von der IG BAU.

Doch leider viel die Dialogbereitschaft bzw. -fähigkeit der höchsten EU-Repräsentanten wiederum sehr ernüchternd aus. Obwohl eine Vielzahl der Veranstaltungsbesucher in dem überfüllten Saal gekommen sind, um über die EU-Dienstleistungsrichtlinie zu diskutieren, ging EU-Kommissar Bolkestein in seinem Vortrag nicht auf den Richtlinienentwurf ein. Bei Nachfragen im Anschluss an seine Rede blieben seine Antworten sehr kurz und ausweichend.

Auch zu diesem Thema veranstaltete Attac Berlin Informationsveranstaltungen, organisierte Infostände und sammelte Unterschriften, in diesem Fall im Rahmen einer von Attac bundesweit organisierten Postkartenaktion an die zuständige Ausschussvorsitzende im Europäischen Parlament. Im Verbund mit anderen Organisationen arbeitete Attac Berlin an der Mobilisierung zu Demonstrationen in Brüssel, Straßburg und Berlin, bei denen die Ablehnung des Richtlinienentwurfs eine zentrale Forderung war. Am 15.10.05 beteiligte sich Attac Berlin außerdem mit einer eigenen Aktion auf dem Potsdamer Platz an einem bundesweiten Aktionstag gegen die Dienstleistungsrichtlinie.

Auch bei dieser Kampagne gab es einige wichtige Teilerfolge, das Hauptziel, die Verabschiedung des Richtlinienentwurfs komplett zu verhindern, wurde allerdings verfehlt. Es konnten allerdings einige zusätzliche Ausnahmen vom Geltungsbereich der Richtlinie erreicht werden. Das von Attac und vielen anderen besonders stark kritisierte „Herkunftslandprinzip“, nach dem für ausländische Dienstleister im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr in anderen EU-Mitgliedsstaaten in vielen Bereichen nur noch die Bestimmungen am Sitz ihrer Niederlassung gelten sollen, wurde allerdings nur leicht abgeschwächt und umbenannt, keineswegs aber, wie von vielen Politikern hinterher dargestellt, aus dem Entwurf gestrichen.

³⁵ Zum Hintergrundmaterial der Kampagne siehe <http://www.attac.de/bolkestein/hintergrund/>.

Auch bei dieser Kampagne muss deshalb das Fazit gezogen werden, dass die Europäische Kommission nur auf massiven öffentlichen Druck reagiert. Der Öffentlichkeit wird dann nur soweit nachgegeben, wie es unbedingt erforderlich scheint, um einen Gesetzesentwurf zu retten – ein konstruktiver Dialog zwischen der Politik und der Gesellschaft ist so schwer zu erkennen. Das europäische Parlament ist diesbezüglich besser aufgestellt. Einige unserer Forderungen wurden in das Parlament eingebracht und aufgrund des Zustimmungsrechtes des Parlamentes in Bezug auf Richtlinienentwürfe konnten Änderungen durchgesetzt werden. Anschließend wurden jedoch im weiteren Verfahren von der Kommission zentrale Anliegen in Frage gestellt und so in der zweiten Lesung wieder rückgängig gemacht.

Kritik und Verbesserungsvorschläge

Wie in den Kampagnenbeschreibungen verdeutlicht, verfügen NGOs über ein weit reichendes Repertoire zur Mobilisation und der Teilnahme an politischen Prozessen in der EU. Attac sieht sich dabei, wie bereits ausgeführt, nicht als Akteur, der vordergründig Lobbyarbeit in Form von Hintergrundgesprächen oder Politikberatung betreibt. Einige der Hauptkritikpunkte, die sich aus den Kampagnen ergaben, sind die mangelnde Dialogbereitschaft auf Seiten der EU-Entscheidungsträger und zu wenig Transparenz und Bürgernähe. Vor diesem Hintergrund gibt es auch aus unserer Sicht eine ganze Reihe von Vorstellungen, wie die EU-Institutionen verändert werden müssten, um die EU bürgernäher zu gestalten:

- die Einführung verbindlicher Referenden auf europäischer Ebene, um die Bürger verstärkt einzubeziehen, zu motivieren und um an der Gestaltung Europas aktiver mitwirken zu können.
- die Ausweitung der Zuständigkeit des Europäischen Parlaments auf alle Politikbereiche der EU, denn durch die Wahlen zum Europäischen Parlament wird Europa noch am ehesten Legitimität verliehen und eine Rechenschaftspflicht an den Wähler geschaffen.
- eine Gewichtsverlagerung im Entscheidungsprozess vom Rat ins Europäische Parlament, denn das Parlament steht eher noch für Demokratie und Transparenz.
- die Gewährung eines Initiativrechts bei Gesetzgebungsvorhaben für das Europäische Parlament, das bisher ausschließlich bei der Kommission liegt.

- Mehr Transparenz hinsichtlich Lobbyismus und den Beziehungen zwischen EU-Entscheidungsträgern und Vertretern der Wirtschaft³⁶

Viele dieser Vorstellungen wurden insbesondere im Rahmen unserer Kampagne zum EU-Verfassungsvertrag und der sich daran entzündenden Debatte möglicher Alternativen entwickelt. Häufig zielt unsere Kritik dabei darauf ab, dass viele EU-Institutionen heute sehr bürgerfern und intransparent arbeiten. Zu vielen wichtigen die EU betreffenden Fragen steht die Debatte in Attac zwar noch am Anfang. Eines ist aber schon jetzt sicher: Auch in Zukunft wird sich Attac konsequent für eine bürgernäheres Europa einsetzen.

³⁶ Siehe <http://www.alter-eu.org>.

Mittlere Perspektiven - Der Europazug 2006 ...

Das Projekt "Europazug" wurde initiiert von MitOst e.V. MitOst ist eine Berliner NGO, welche sich in den Bereichen Völkerverständigung und Bildung, im Besonderen zur Förderung des Kultur- und Sprachaustausches zwischen den mittel- und osteuropäischen und den deutschsprachigen Ländern engagiert. Mehr als 3500 Kilometer hat der Europazug vom 24. April bis zum 01. Mai 2006 auf seiner Reise durch Deutschland, Tschechien, Österreich, Slowenien, Ungarn, der Slowakei und Polen zurückgelegt.

Das Projekt Europazug fand in Zusammenarbeit mit Medien, Politikern, Verlagen und einer Vielzahl von lokalen NGOs aus den angereisten Ländern und Städten statt. Die Idee war, Menschen, Städte Länder und Initiativen zu verbinden und ein gemeinsames europäisches Festival zu feiern, mit dem Europazug in Berlin startend und dorthin zurückkehrend am 1.Mai, dem Jahrestag der EU-Erweiterung.

Die Reisenden haben im Zug und an den Zielorten 24 Projekte durchgeführt, die uns auf sehr unterschiedliche Weise mit den Menschen Europas in Kontakt gebracht haben. Neben Umfragen, filmischen Dokumentationen der Verbreitung von Informationen über Europa haben kulturelle Projekte eine große Rolle gespielt. Von der Pantomime auf dem Bahnhofsvorplatz über die neu gegründete internationale Jazzband „Sound expansion“ bis hin zur Alltagskultur der europäischen Brotsorten.

Die meisten Menschen, denen die Reisenden begegneten, zeigten sich Europa gegenüber wesentlich positiver eingestellt als angenommen. In vielen Gesprächen mit Einzelnen konnte auch manchem Skeptiker vermittelt werden, dass Europa die Menschen direkt betrifft und sie selbst Möglichkeiten zur Gestaltung der europäischen Idee haben.

Auch die politischen Salongespräche zwischen den Teilnehmern und Gästen aus Politik und Wissenschaft fanden eine starke Beachtung durch die Journalisten. Durch diese Gesprächsrunden am Vormittag zog sich der europäische Gedanke wie ein roter Faden. Identität, Verantwortung, die Rolle der Jugend und die Lage der Minderheiten waren einige der Aspekte, die in den Diskussionen beleuchtet wurden. Die Ergebnisse dieser Salons wurden im Rahmen der Abschlusskonferenz am 01. Mai im Berliner Tränenpalast präsentiert und in Form einer Europäischen Deklaration veröffentlicht.

Der Empfang, den die einzelnen Städte den Teilnehmern des Europazuges bereiteten, erfüllte das Bild vom „großen Bahnhof“ jeden Tag aufs Neue mit Leben: Honoratioren der Stadt, Schauspielgruppen, Blasorchester und Chöre warteten auf dem Bahnsteig und geleiteten die Teilnehmer an die Orte der Festivals. Die Menschen in den Städten freuten sich, dass junge Menschen aus so vielen Ländern auf sie zukamen, nach ihrer Meinung fragten und ihnen zuhörten. In diesen Momenten haben wir gelernt, dass Europa den Menschen vor allem auf der persönlichen Ebene nahe gebracht werden kann.

Der EUROPAZUG 2006 ist für alle Projektbeteiligten und Partner ein großer Erfolg. Insbesondere hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem MitOst e.V., der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Edith-Stein-Gesellschaft Breslau als gelungene Verbindung verschiedener kultureller, zivilgesellschaftlicher und politischer Perspektiven erwiesen.

Im Zentrum des Projekts stand der Wunsch, persönlich auf viele Menschen zuzugehen und ins Gespräch zu kommen. Es hat sich gezeigt, dass die angewandten Methoden dieses Ziel auf vielfältige Weise erreicht haben. Die so gesammelten Erfahrungen sollen ebenso in weiteren Projekten Anwendung finden wie die zahlreichen intensiven Kontakte, die durch zahlreiche Kooperationen entstanden sind oder gefestigt wurden.

Die Ziele des Europazuges

ZIEL des EUROPAZUG war es, mit einer Reise durch sieben europäische Länder generations- und länderübergreifend Menschen zu den Themen „Europa“ und „die Europäische Union“ ins Gespräch zu bringen und einen öffentlichen Austausch über Erwartungen und Perspektiven in der erweiterten EU zu initiieren. In dem gesamteuropäischen Projekt sollte dieses Ziel durch die Internationalität der 42 Teilnehmer, die Vielfältigkeit der von ihnen an allen Haltepunkten umgesetzten Projekte und die Diskussionen im fahrenden Zug Menschen erreicht werden.

Gerade für MitOst als einen Verein mit Mitgliedern in 39 Ländern war darüber hinaus besonders wichtig, dass die Grenzen der politischen Union nicht die Grenzen Europas sind und das Projekt Europa sich nicht auf die Europäische Union reduzieren lässt!

In Frankreich und den Niederlanden konnten die Menschen kürzlich über die weitere Integration und Schaffung einer gemeinsamen Unionsverfassung abstimmen. Die Ablehnung der Referenden zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden haben Misstrauen gegenüber einer EU der

politischen Eliten deutlich gemacht. Vor allem Angst vor negativen wirtschaftlichen Entwicklungen und dem Verlust nationaler Souveränität sind Gründe für die Ablehnung der genannten Referenden.

Diese zum Teil nicht unbegründete Skepsis sollte der Europazug ernst nehmen und offen ansprechen. Zugleich aber als starkes, verbindendes Symbol jedem Einzelnen eine klare, positive Botschaft überbringen: „Europa ist hier in Deiner Stadt längst angekommen! Europa ist für Dich **erLebbar** und **erFahrbar**! Und nur gemeinsam können wir die Probleme bewältigen, die wir in und mit der EU haben.“

Finanzierung des Europazuges

Der Europazug wurde von der EU sowie der Robert-Bosch-Stiftung finanziert und involvierte die Kombination eines sehr kleinen hauptamtlichen Teams, einer Reihe von sehr engagierten Honorarkräften (Trainer, Regionalkoordinatoren) und über 200 ehrenamtliche Helfer und Mitarbeiter im Koordinationsbüro, im Zug und an den Festivalorten. Zu diesen Ehrenamtlichen zählten auch die 42 Teilnehmer im Zug, die vom ersten bis zum letzten Tag ein außergewöhnliches Engagement zeigten. Viele spontane Treffen von Beteiligten in Berlin und an anderen Orten und eine eigene Mailingliste sorgten vor und nach dem Projekt für intensiven Austausch und eine hohe Identifikation mit dem Projekt.

Die Initiative des Projektes ging von MitOst aus, die sich auch um die Bewerbung für finanzielle Mittel bei der EU-Kommission im Rahmen des Prince Programmes (Öffentlichkeitsarbeit für die EU-Osterweiterung 2004) der Generaldirektion Erweiterung kümmerten. Die Akquisition von EU-Mitteln verlief hierbei erfolgreich und das Projekt stieß bei der EU auf positive Resonanz. Obwohl MitOst zu den mittleren bis größeren NGOs gehört, war die Koordination des Projektes jedoch ein enorme Kraftanstrengung. Im Nachhinein, trotz des überwältigenden Erfolges, würde sich MitOst auf eine erneute Organisation eines so großen Projektes unter den gleichen Bedingungen nicht mehr so einfach einlassen. Die Koordination und Organisation des Projektes sowie auch der Bewerbung und Einhaltung der EU-Vorschriften für finanzielle Mittel erforderten doch mehr Kapazitäten, als selbst MitOst mit seinen 16 hauptamtlichen Mitarbeitern zur Verfügung hatte.

Verbesserungsvorschläge zur finanzielle Unterstützung der EU

Die Zusammenarbeit auf persönlicher Ebene verlief reibungslos und die EU-Beamten zeigten sich als sehr hilfsbereit. Dennoch wäre eine Vereinfachung der Vorschriften, wie zum Beispiel der sehr umfangreichen einzureichenden Unterlagen, von Vorteil. Auch die Finanzierung von mehr Personal könnte die Bearbeitung und Koordination eines Projektes wie dem Europazug um einiges erleichtern. Das Projekt hat erfolgreich lokale Kompetenzen aktiviert und vernetzt und somit einen entscheidenden Beitrag zum zivilgesellschaftlichen Engagement in Europa beigetragen. Lokale NGOS hätten sicher immense Schwierigkeiten, ein Projekt in diesem Ausmaße auf sich allein gestellt durchzuführen. Doch mit Hilfe der Kapazitäten einer mittleren oder größeren NGO können sie gemeinsam Europa auch auf lokaler Ebene kommunizieren. Solche Projekte, welche die EU näher an ihre Bürger bringen, sind essentiell für die Zukunft der EU und Europas als Ganzes und könnten durch eine stärkere Unterstützung von Seiten der EU noch viel zahlreicher durchgeführt werden.

Weitere Informationen über den MitOst e.V. und den Europazug sind auf der Website unter www.mitost.de zu finden.

Neuere Perspektiven - Equal funding for all? ...

Among other, one of the most important roles of Non-Governmental Organizations (NGOs) is to monitor, control and provide alternatives for official state policies on behalf of the civil society. NGOs represent interests of people against particular interests of financial, economical, industrial or other lobby groups. In order to represent public interest, NGOs need to draw their arguments directly from civil society members – from citizens. On the European level NGOs struggle with the same problem as European institutions – they are lacking an European citizen. In the interest of whom do NGOs argue on European level if there is no European civil society?

European NGOs are still in a better position than European institutions. NGOs use easier language, they are less official and more transparent. At the same time loose and informal structures of European NGOs Networks can be an obstacle for fast, strong and united action. Recently voices calling for more compact organizational structure can be heard from some European NGOs.

The level of knowledge and experience of NGOs from “New” Member States (NMS) and “Old” Member States (OMS) is very different. In order to be able to build on a common position across Europe, NGOs need to remain open and inclusive to new members from enlarging Europe.

GLOPOLIS’ POSITION AMONG CZECH NGOS

Czech civil society has achieved a remarkable progress since the fall of the communist regime in 1989. Since then many NGOs were funded and many of them gained attention and appreciation from public as well as from media. We can say without hesitation that Czech NGOs became a renowned actor of the socio-political environment in the Czech Republic. Still, there is a limitation in the way how are NGOs are perceived and what is considered to be their work. Prague Global Policy Institute – Glopolis is a think-tank which focuses predominantly on economical globalization in relation to trade and development. Our core activity is research and consequently the dialog with different decision-makers on the proposals developed. This is not a very common perception among NGOs in the Czech public.

For a vast majority of the Czech society NGOs are strongly connected with social and human rights, educational and environmental programs and considered to be interfering in the policy-making processes. The idea of NGOs which build schools

in a developing world or which run an integration program for minorities can be easily understood and therefore they are strongly supported by media, public and government. The contribution of a NGO which works on a political level is much harder to explain and may also seem a little bit suspicious. It takes a longer time until the civil society will understand that such activities are also very important for democracy.

Glopolis situation is also a little bit more complicated due to its area of its interest. International trade and its role in the process of globalisation is a technical topic which cannot reach the Czech mass population. Glopolis is one of the few NGOs in the Czech Republic that deals with these issues. At the same time, Glopolis is also one of the first NGOs that tries to initiate the sustainable dialog with decision-makers and policy-makers. These are Glopolis' two comparative advantages in relation with its possible partners on a national as well as on a European level.

GLOPOLIS AND THE EUROPEAN UNION

The European Union represents one of the key players in the international trade related issues and therefore it takes a very important part in Glopolis research work. The EU has a common trade policy ("Common Commercial Policy"), meaning that in matters related to trade, including the WTO, the EU functions as a single actor. The European Commission negotiates trade agreements and represents the European interests on behalf of the Union's 25 Member States.

From European Union it is the Directorate General of Trade and the Directorate General of Development which are the most important institutions for Glopolis analytical work of European trade and development policy. The other institution which also plays a role in the trade policy-making procedures is an authority of the EU Council - the Committee 133. This Committee is composed of officials from the Ministries of Member States. This is basically the only place where national trade interest can be represented on a European level.

In terms of the research, Glopolis has been focusing on the European institutions in two consequential analytical studies recently. First one was mapping the important trade actors and institutions on the Czech national level as well as on the European level. The second analysis focused on Policy Coherence for Development. This is a new approach in the European policy that should improve the coherence between development policy and other policies (such as trade, agriculture) on the European as well as on the national level. This new strategy of the EU for better development aid helps Glopolis to show the importance of

trade issues on the national level and to introduce this problematic into the broader public.

GLOPOLIS AND EU-CONSULTATION

For Glopolis' analytical work the European institutions represent an object of research. Many of the materials and documents are easily accessible, therefore direct contact is not always necessary. Nevertheless, Glopolis has repeatedly had contact with the European institutions in the past. This contact took place in different ways.

One possible way is through NGOs or NGO-networks based in Brussels such as Friends of the Earth Europe, Action Aid or Seattle to Brussels Network (there are many networks for different areas). Members of these NGOs take part in the consultation mechanisms set up by the European institutions regularly - ad hoc or permanent. They can be a source of information on current situations in the Commission or in some cases they may initiate an appointment with the Commissions officials. NGO-networks, e.g. Seattle to Brussels Network, run a campaign throughout the year which challenges EU politics in the WTO (World Trade Organisation) and the EU approach towards trade liberalisation in the EU itself as well as in developing countries. Parts of the campaign consist of "massive lobby actions" when the members of NGOs meet the Commission officials to discuss the controversial points in EU approach. The quality of these meeting is fairly high.

The third possibility to contact the EU institutions, which Glopolis has taken advantage of in the past, was the civil society dialogue run by the DG Trade. This concerns regular meeting between DG Trade officials and a wide range of diverse NGO representatives. The scope of NGOs presents at general meetings is too extensive which keeps the debate in a very vague manner. But some of the meetings which are focused on certain topics may be very useful sources of information. Not only the Commissions officials but also independent experts attend to these meetings.

The last way applied by Glopolis was the invitation of a DG Trade representative to a seminar organised by Glopolis. Again this was not organised directly but through the Heinrich Boell Foundation (HBS) office in Brussels who has better connection to the European institutions. This is probably the best way if a face-to-face consultation is needed. At the same time, without help from HBS, Glopolis would hardly succeed to invite somebody from the Commission.

Glopolis also uses personal contacts to initiate a meeting with Brussels officials. This usually contains meetings with Czech representatives at the European Union and with which Glopolis created links during their work for national institutions.

CRITICS OF EU-CONSULTATION

Over all we can say that Glopolis does not have a problem in reaching European institutions if it is necessary. At the same time, the majority of contacts with EU officials is not direct but indirect through other NGOs based in Brussels or through NGO-networks. Many of the relevant information can be found on the EU web pages or are distributed through the email list of partner NGOs. For analytical work of Glopolis this kind of communication is so far sufficient. At the same time it is true that despite all communication mechanisms, the EU stays quite distant to NGOs which are not based in Brussels. If a NGO like Glopolis wants to understand how the EU policies are created and take part, day to day access to EU officials, meetings and press conferences are essential.

GLOPOLIS AND EU FINANCING

Until April 2006 Glopolis did not have any EU funding. Glopolis institutional funding (rent of premises, administration) until that time was based on cooperation with the foundations from the United States (such as Open Society Fund or German Marshall Fund of the U.S.). Other sources were project related funds from inter-governmental funds (Czech-German Fund for the Future, International Visegrad Fund), German foundations (Heinrich Boell Stiftung). Some of the seminars and conference costs were covered by networks (Seattle to Brussels Network, Trialog), a very small amount was covered by a fund of the Czech Ministry of Foreign Affairs.

Glopolis first EU funding was granted in the frame of the call for proposals from the Presidency Fund. This fund was established with support of the Irish and Dutch Governments during their EU Presidency in 2004 at the time of the accession of ten NMS.

The Glopolis project funded by the Presidency Fund is related to the research of Policy Coherence for Development (PCD), mentioned above. It consists of research, publication and seminars for Czech NGOs, Media and policy-makers. This funding covers also budget items such as rent of premises, administration

and daily run of the Glopolis office. Also, it enables Glopolis to pay interns and external experts which helps to broaden and professionalize the Glopolis team. In this sense EU funding is very valuable. Currently (in 2006) EU funding represents approximately one third of Glopolis' budget.

In March 2006, Glopolis has applied for three years grant from the DG Development. This project has been prepared in cooperation with Hungarian (Protect the Future) and German (WEED) NGOs. It is focused on capacity building for NGOs and local grass-roots organisations in the Czech Republic and Hungary to raise awareness in development issues. The cooperation with NGOs from different countries is considered to be an advantage in terms of the likelihood to receive funds.

Nevertheless, for Glopolis EU funding remains hard to be reached. Part of the difficulties is caused by the administration limitations determined by the EU for long term grants such as three years experience in the subject field (Glopolis was established in 2004) or financial audit. These obstacles may be overcome by changing the status from 'member of the consortium' to 'partner of the consortium' (which might, at the same time, effect the amount of financial resources allocated). A more serious obstruction for Glopolis represents the complexity of the application. For example the work on the application for DG Development required three people working full time for one month. Glopolis, which had only three regular employees at that time, had to stop the work on all other projects to be able to complete the application.

The way how to make EU fund more accessible to new and small NGOs like Glopolis should not be based on reducing the demands of the EU but on increasing their capacity and knowledge. Again this should not be only the responsibility of the EU but also of the national governments. It seems that both sides are aware of this problem and they are currently running the programs that should raise the capacities of NGOs from NMS to apply for EU funding.

At the same time the EU should continue and even increase the support of such consortia where NGOs from both NMS and OMS are represented. This is the way how the EU can reinforce the variety of NGO actors throughout Europe and help to integrate NGOs from the NMS into the European integration process. This can have a positive effect in the way how people in the NMS review the EU itself.

CONCLUSION AND SUGGESTIONS

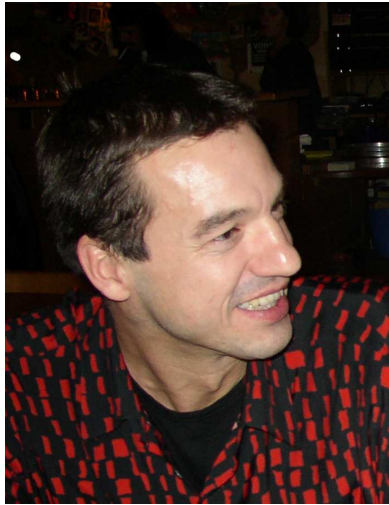
NGOs can be a very important tool for the EU to overcome the democratic deficit and to come closer to the citizens of the European Union. Moreover, strong civil society has a positive effect for stabilization and deepening of democratic procedures which still might be the case in NMS. In cooperation with national states the EU should continue to support the variety of NGOs throughout Europe. It is clear that EU cannot communicate equally with every single NGO. An aggregation of their voice is necessary. At the same time it is important that this aggregation will not result in a take over by several strong NGOs based in Brussels that would become the "official" consultants to the EU.

Withal it is hard to imagine that the EU will communicate with all NGOs in all 25 member countries. It is logical that the informational channels local NGOs will be through the NGOs based in Brussels. However, the EU should avoid creating privileged NGO elite. Therefore the EU should maintain and further develop transparency, good communication manners and fair access to information within the networks that initiate and support (e.g. CONCORD/Trialog). Furthermore, the EU can try to develop mechanisms that guarantee the involvement of a variety of NGOs (e.g. on regional level or sectoral level) in negotiations and decision-making process. As mentioned above, special attention should also be given to building capacities in the NMS so that NGOs from this region will be able to fully participate in European NGO networks.

Keeping access to EU institutions equal for all NGOs is not only a matter of democratic principals, it is also a question of building a unity of the European civil society and, in consequence, raising the confidence of the European citizens in European institutions. Therefore it is necessary that the NGOs from NMS will be included in the process. This is a question mainly for the NGOs networks itself and so far there is no doubt that this procedure is already taking place. What the EU in cooperation with the national government should do, is to enlarge the space for the NGO consultation and to put up mechanisms that would guarantee a regional variety during these consultations. The EU should also help to build capacities in Central and Eastern Europe and actively support those NGOs from the OMS who form up consortiums with their colleagues in the NMS. NGOs have great potential to build up strong connections between citizens of the EU. Hence they can bring closer the European integration process to the people. This can be accomplished only if they stay open for members of the civil society from all over the EU.

Weitere Informationen über Glopolis gibt es unter www.glopolis.org.

Porträts der Beteiligten ...



Dr. Achim Brunnengräber, FU-Berlin.

Dr. Achim Brunnengräber lehrt und forscht an der Freien Universität Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Internationale Politik, Gesellschaftliche Transformationsprozesse und International Civil Society. Seine aktuellen Forschungsprojekte sind: Network of Excellence on Global Governance, Regionalisation and Regulation: The Role of the EU; Global Governance and Climate Change.



Sascha Götz, Geschäftsführer Mitost e.V..

MitOst e.V. versteht sich als Mittler und Förderer des Kultur- und Sprachausstausches in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Gegründet wurde MitOst 1996. Mittlerweile zählt der Verein fast 1200 Mitglieder aus 30 Ländern, zu denen neben ehemaligen und aktuellen Stipendiaten der Robert Bosch Stiftung Lektoren des DAAD, des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) und interkulturell Interessierte aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa gehören.



Ondrej Kopečný, Glopolis.

Prague Global Policy Institute ist eine überparteiische und unabhängige Nichtregierungsorganisation aus Prag. Glopolis versteht sich dabei als Think Tank "which focuses predominantly on economical globalization in relation to trade and development. Our core activity is research and consequently the dialog with different decision-makers on the proposals developed."



Stefanie Lausch, Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement

Studium der Politikwissenschaften in Potsdam, Berlin und Bologna, aktuell StudentIn der Verwaltungswissenschaften, seit 10/2006 PraktikantIn des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), verantwortlich für die Koordination der Arbeit des Netzwerks mit seinen Arbeitsstrukturen und Gremien.



Stephan Lindner, Sprecher Attac EU-AG.

Attac Berlin ist lokaler Vertreter der internationalen globalisierungskritischen Bewegung und ist beispielhaft für den ‚Weg der Massenmobilisierung‘ als Mittel zur Beeinflussung der EU-Politik. Der Beitrag befasst sich mit den Aktionen die Attac im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie mitorganisiert hat und wie erfolgreich dadurch lokale Kompetenzen mobilisiert werden konnten, die sich an die EU-Politik richten.



Gabriele Zimmer (Linkspartei.PDS), MdEP

Seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlamentes. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie stellvertretendes Mitglied im Entwicklungsausschuss. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die Armutsbekämpfung in der EU und global, die Durchsetzung der Jahrhundertentwicklungsziele der UNO (MDG), europäische Sozialsysteme und europäische Beschäftigungspolitik.